Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1947

115 (27.9.1947)

Visual Library

2. Jahrgang / Nummer 115
Druck u. Verlag: Badendruck, GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b-5, Telefon 4051/53. Ausgaben für Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufh. Schardt.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Samstag, 27. September 1947
Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, Postbezug RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; Ausg. Pforzh. RM 1.—. Amtl. Anz. d. Hälfte

„Der Wiederaufbau Deutschlands nicht auf Kosten des übrigen Europas"

Washington, 26. Sept. (Dena-Reuter) Gegen die Behauptung, die Vereinigten Staaten beabsichtigen den Wiederaufbau Deutschlands auf Kosten des übrigen Europas zu fördern, wandte sich am 25. Sept. der stellvertretende Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, William Thorp. Er erneuerte gleichzeitig den amerikanischen Vorschlag zum Abschluß eines auf 40 Jahre befristeten Viermächte-Vertrages, der eine Garantie dafür bieten soll, daß Deutschland nicht wieder den Frieden Europas bedroht.

In seiner Rede vor dem Verband amerikanischer Kohlenexporteure wies der amerikanische Staatssekretär darauf hin, daß Deutschlands Wiederaufbau einen notwendigen Beitrag zum europäischen Wiederaufbau darstelle. „Deutschland ist unwiderruflich ein Teil Europas" sagte Thorp, „und Europa kann wirtschaftlich nicht genesen, solange Deutschland ein eiterndes Geschwür ist".

Thorp wandte sich dann den sowjetischen Behauptungen zu, die Vereinigten Staaten planten die Wiederherstellung der deutschen Macht. Gleichzeitig nahm er zu den von französischer Seite zu dem neuen Industrieplan für Deutschland geäußerten Bedenken Stellung. Er versicherte, daß das amerikanische Außenministerium sich des Sicherheitsproblems stets bewußt sei.

Vierpunkte-Ernährungsplan

Washington, 26. Sept. (AP) Der Ernährungsausschuß der US-Regierung, dem Außenminister Marshall, Landwirtschaftsminister Anderson und Handelsminister Harriman angehören, legte Präsident Truman zugleich mit der Ankündigung, daß die USA ihre Getreide-Exporte um ein Fünftel reduzieren müßten, einen Vierpunkteplan zur Bekämpfung des Hungers in Europa bis zur nächsten Jahresernte vor.

Diese vier Punkte sind: 1. umfassende Lebensmitteleinsparungen in den Vereinigten Staaten, 2. erhöhte Nahrungsmittelausfuhren aus den USA außer Getreide, 3. gemeinsame internationale Anstrengungen der Länder mit Lebensmittelüberschüssen, diese Überschüsse in Notstandsgebiete zu lenken, 4. verstärkte Bemühungen der notleidenden Länder, die bessere Erfassung und Verteilung der einheimischen Nahrungsmittel zu organisieren.

Schnelleres Arbeiten des Wirtschaftsrates erforderlich

Frankfurt a. M., 26. Sept. (AP) „Das vom Zweimächtekontrollamt abgelehnte Gesetz über Anzeigenbefugnisse des Exekutivrats an die Länderregierungen zwingt den Wirtschaftsrat, die zur Diskussion stehenden Gesetze nunmehr schneller zu bearbeiten und zu verabschieden", erklärte Dr. Wilhelm Dörr, Verwaltungsdirektor des Zweizonenwirtschaftsrates am 25. Sept.

„Das abgelehnte Gesetz sollte dem Exekutivrat lediglich die Möglichkeit geben, bis zur endgültigen Verabschiedung der Gesetze durch den Wirtschaftsrat Übergansverordnungen zu erlassen. Eine vorgesetzte Stellung dem Exekutivrat, der ja selbst aus Ländervertretern besteht, gegenüber den Länderregierungen einzuräumen, war nicht der Sinn des Befugnis-Ermächtigungsgesetzes", erklärte Dörr.

Proteste gegen Frohne sind an den Wirtschaftsrat zu richten

Berlin, 26. Sept. (Dena) Proteste der Gewerkschaften der Bizone gegen Dr. Ing. Edmund Frohne, Direktor beim Wirtschaftsrat, müssen, wie die britische Militärregierung am 25. Sept. erklärte, an den bizonalen Wirtschaftsrat gerichtet werden.

Angesichts der Einstufung Dr. Frohnes in die Gruppe V und seiner Wahl in den Wirtschaftsrat der Bizone habe die britische Militärregierung keine Veranlassung, Dr. Frohne als Direktor für Verkehr abzusetzen.

Schumacher fliegt auf Einladung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nach Amerika. (Dena-Bild)

W. Pieck und O. Grotewohl wurden wiedergewählt

Berlin, 26. Sept. (Dena) Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wurden hier am 24. d. Mts. in der Schlußsitzung des SED-Parteikongresses einstimmig wieder zu den beiden Vorsitzenden der SED gewählt.

Otto Grotewohl sagte, der Parteikongreß habe bewiesen, daß in der Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Fragen eine einheitliche Linie herrsche und daß die SED gewillt sei, den bisher eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Wilh. Pieck bat die Vertreter der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands, „Grüße an ihre Partei und ihren großen Führer Stalin" zu übermitteln.

Ein Zusammengehen wird scheitern

Berlin, 26. Sept. (Dena) Die Pressestelle des Landesverbandes Berlin der SPD gab am 25. September eine Erklärung zu dem am Vortag beendeten zweiten Partei-Kongreß der SED ab, in der es heißt, der Parteikongreß habe deutlicher denn je offenbart, daß die SED eine direkte Fortsetzung der früheren kommunistischen Partei mit der gleichen politischen und geistigen Abhängigkeit von Moskau wie vor dem Jahre 1933 sei. Daran werde ein Zusammengehen der beiden Parteien auch in Zukunft scheitern, zumal die SED-Konferenz erneut gezeigt habe, daß die SED keine Änderung ihrer Politik beabsichtige.

Im Telegrammstil

Washington. Präsident Truman unterzeichnete am 25. d. M. die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Der amerikanische Kongreß hatte diese Verträge in seiner letzten Sitzungsperiode ratifiziert (Dena).

New York. Der Weltsicherheitsrat hat auf seiner Mittwochsitzung die Frage der Wahl eines Gouverneurs für Triest aufgeschoben, nachdem die Delegierten nach dreistündiger Sitzung zu keiner Einigung gelangen konnten. (Dena-INS)

New York. Der australische Außenminister Evatt wurde am 25. d. M. laut AFP zum Vorsitzenden des Palästinaausschusses der UN-Vollversammlung gewählt (Dena).

Batavia. Die indonesische Republikanische Regierung ernannte am 25. d. M. eine sechsköpfige Delegation für etwaige Verhandlungen mit den Holländern (AP).

New York. Der Politische Ausschuß der Vollversammlung empfahl am 24. d. M. einstimmig, die Zulassung Pakistans und Yemens in die Vereinten Nationen (Dena-Reuter).

Genf. In einer Pressekonferenz gab der Sekretär des vorbereitenden Ausschusses für die internationale Handelskonferenz am 24. d. M. die Fertigstellung des Textes eines allgemeinen Abkommens über Handelszölle bekannt (AP).

Stuttgart. Das württembergisch-badische Kabinett hat in seiner Sitzung am 24. d. M. den Entwurf eines Aufbaugesetzes beraten und beschlossen, den Gesetzentwurf dem Landtag zur weiteren Entscheidung zuzuleiten (Dena).

Stuttgart. Die Luftschutzsirenen von Stuttgart werden nach einer Anordnung der örtlichen Militärregierung in der nächsten Zeit einmalig ausprobiert. Die Maßnahme erfolge lediglich aus militärischen Sicherheitsgründen (Dena).

Frankfurt. Ein Angebot der französischen Regierung an die Exodus-Emigranten, nach Frankreich einzuwandern, wurde am 25. d. Mts. in den Lagern Poppendorf und am Stau den dort internierten jüdischen Emigranten bekanntgegeben (Dena).

Frankfurt. Bis zum 1. September wurden laut EUCOM 2 513 097 verschleppte Personen der US-Zone repatriiert und 47 847 neu angesiedelt. 500 727 Personen sind noch in- und außerhalb von Lagern der amerikanischen Zone untergebracht. (Dena)

Hannover. Der Kriegsgefangenenhilfsdienst der SPD hat nach einer Mitteilung des SPD-Pressedienstes über die von ihm bisher bearbeiteten 1 107 261 Fälle Kriegsgefangener und Vermißter im Osten einen Zwischenbericht abgegeben. Nach diesem Bericht haben 368 911 Kriegsgefangene bereits an ihre Angehörigen geschrieben und 738 350 sind noch vermißt. Ferner werden an Zivilpersonen 1172 Jugendliche und 4132 Frauen bzw. Mädchen und 6164 Männer vermißt. (Dena)

Minden. Insgesamt fünf Millionen Liter Benzin und eintausend Tonnen Dieselkraftstoff müssen ab sofort für das dritte Quartal 1947 in der Bizone von den bisherigen Zuteilungen gestrichen werden, gab das Verwaltungsamt für Wirtschaft bekannt (Dena).

Minden. Insgesamt 3 950 000 t Kohle sollen, wie das Verwaltungsamt für Wirtschaft hier am 15. d. M. bekanntgab, in der Zeit vom 29. September bis 26. Oktober 1947 an die Verbraucher innerhalb der Bizone verteilt werden. Die Hausbrandzuteilung für diesen Zeitraum beläuft sich auf 350 000 t (Dena).

Bilstein. Zu einer bizonalen Flüchtlingskonferenz trafen sich hier am 23. d. M. Vertreter der Flüchtlingsverwaltungen der amerikanischen und britischen Zone. In einer Entschließung wurden die Ministerpräsidenten der Bizone aufgefordert, gemeinsame Besprechungen des Frankfurter Exekutivrates mit den deutschen Flüchtlingsverwaltungen zu veranlassen (Dena).

Berlin. Die der CDU angehörenden Minister der sowjetischen Besatzungszone trafen sich am Montag in Weimar zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen von gemeinsamen Interessen für die Länder der Sowjetzone. (Dena)

Berlin. Die seit längerer Zeit zwischen Vertretern der anglo-amerikanischen und der sowjetischen Besatzungsbehörde geführten Besprechungen über eine Erweiterung der gegenseitigen Warenlieferungen stehen kurz vor dem Abschluß. (Dena)

Berlin. Rund 6330 offene Güterwagen aus der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands sind, wie die Transportabteilung der US-Militärregierung für Deutschland am 25. d. M. mitteilte, von der Sowjetzone noch nicht zurückerstattet worden (Dena).

Berlin. Die Care-Organisation hat zu ihrem Standardpaket von 22 Pfund Lebensmitteln eine Büchse Schinken von rund 350 g hinzugefügt und wird den Versand der Spezialpakete mit Speck und Mehl einstellen (AP).

Geldreform nächstes Frühjahr

Düsseldorf, 26. Sept. (Dena) „Das kommende Frühjahr bringt uns die neue Geldordnung. Wir müssen uns daher in das kommende Frühjahr hinüberretten, zu welchem Zeitpunkt die Geldreform durchgeführt wird", erklärte der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Eric Nölting auf einer SPD-Veranstaltung am 25. September in Düsseldorf.

Durch die Geldreform werden die Gewinne des schwarzen Marktes nicht mehr zu höheren Banknoten, sondern zu einer Strafverfolgung führen.

Im Verlaufe seiner Ausführungen kündigte der Minister neue Industriekontrollen an, die, von deutscher Initiative ausgehend, durch neueingesetzte Industrie-Inspektoren durchgeführt werden und die Stillegung aller unproduktiven und unzuverlässigen Betriebe zum Ziele haben sollen. Diese Art der Stillegungsaktion sei der von den Alliierten geplanten Aktion die auch lebenswichtige Betriebe betreffe, vorzuziehen. Wir haben genügend Betriebe, aber nicht genügend leistungsfähige Betriebe.

Der Mittelstand sei keineswegs ein aussterbender Posten der Wirtschaft. Durch die immer stärker werdende Arbeitsvorbereitung in der modernen Technik sei ein neuer Mittelstand entstanden. Der Stab der Angestellten habe sich um etwa 100 Prozent erweitert, während die Arbeiterschaft sich nur um 25 Prozent vergrößerte.

Keine Zeit mehr zum Warten

Berlin, 26. Sept. (AP) Der amerikanische Senator Alexander Smith, zweiter Vorsitzender eines gemeinsamen Kongreßausschusses zum Studium wirtschaftlicher und politischer Fragen in Europa, erklärte am 24. d. Mts. in Berlin, es sei dringend notwendig, daß wenigstens die drei westlichen Zonen im Marshallplan zusammengefaßt würden. Die Russen hätten die Einbeziehung Gesamtdeutschlands in den Plan nicht gewollt, nun könne man nicht mehr auf Deutschlands wirtschaftliche Vereinigung warten.

„Die Arbeit des deutschen Bergmannes ist der Schlüssel zur Verbesserung der Wirtschaftslage in der Bizone"

Erste Pressekonferenz des Zweimächte-Kontrollamtes

Frankfurt, 26. Sept. (Dena) Steigerung der Kohlenförderung und Überwindung der Transportschwierigkeiten sind die Voraussetzungen dafür, daß sich die Wirtschaft der Bizone selbst erhalten kann, sagte hier am 25. September der britische Vorsitzende des Zweimächte-Kontrollamtes Gordon N. Mc Ready in der ersten amtlichen Pressekonferenz des Amtes vor deutschen und amerikanischen Pressevertretern.

Die Arbeit des Bergmannes sei mit der Schlüssel für die Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen in der Bizone geworden.

Der amerikanische Vorsitzende Clarence Adcock betonte, daß die Steigerung der Kohlenförderung auch eine entscheidende Voraussetzung für die Erhöhung des Exportes sei. Sie stelle außerdem das einzige Gebiet dar, auf dem gegenwärtig von deutscher Seite Einfluß ausgeübt werden könne, da das außerordentliche ungünstige Wetter und die dadurch bedingte Stromknappheit alle sonstige Anstrengungen weitgehend zunichte mache.

Gordon McReady sagte in diesem Zusammenhang, man hoffe diese Ausfälle durch erhöhte Kohleverschiffungen in den Wintermonaten ausgleichen zu können, falls der Rhein den Winter über schiffbar bliebe.

Zur Lage des Außenhandels der Bizone führte Adcock aus, die Bizone habe mit einer Reihe westeuropäischer Staaten und mit der Tschechoslowakei und Ungarn sogenannte „Offset-Abkommen" abgeschlossen. Nach diesen Abkommen wird alle drei Monate abgerechnet. Soweit sich die gegenseitigen Lieferungen nicht ausgleichen, muß der Schuldner die Spitze der Währung zahlen, die im Gläubigerlande Gültigkeit hat, oder auf besonderen Wunsch des Gläubigers auch in Dollar.

Für Importe seien bis zum 1. September von den zwei Besatzungsmächten je 425 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt worden.

Zur Ernährungslage in der britisch-amerikanischen Zone sagte Adcock, eine der ersten Aufgaben des Wirtschaftsrates werde es sein, eine gesetzliche Grundlage für den gerechten Ausgleich zwischen den Teilen der Bizone zu schaffen, die unterschiedlich unter der Dürre gelitten hätten.

Adcock fuhr mit der Ankündigung fort, es sei beabsichtigt, neben Trockenkartoffeln auch Frischkartoffeln aus den Vereinigten Staaten einzuführen, um die Zuteilungsmenge erhöhen zu können.

Eine Währungsreform sei ebenfalls nicht allein Sache des Wirtschaftsrates. Die Geldreform sei immer noch eine Viermächteangelegenheit und auf dieser Basis müßten zunächst alle Möglichkeiten erschöpft werden.

Die kürzliche Ablehnung des Anweisungsgesetzes für den Exekutivrat begründete Adcock mit dem Hinweis, es habe nicht in der Absicht der beiden Mächte gelegen, daß der Wirtschaftsrat Vollmachten an ein untergeordnetes Organ weitergeben solle. Die Gesetze müßten auf demokratischer Grundlage und vom Wirtschaftsrat beschlossen werden, wenn dem deutschen Volke die eigene wirtschaftliche Gestaltung dieser Gesetze in die Hand gegeben werden soll. Der Exekutivrat selbst habe aber keine Möglichkeit, den Gesetzen durch besondere Polizeiorgane zur Durchführung zu verhelfen. Grundsätzlich sei es so, daß die Militärregierung nicht durch Befehle und Kontrollen die Arbeit des Wirtschaftsrates beeinflussen wolle, sondern durch Beratung und Beobachtung.

„Es gäbe schließlich die letzte Möglichkeit", sagte Adcock, daß wir die Zügel wieder selbst in die Hand nehmen, wenn Wirtschaftsrat und Landesregierungen zu keiner Einigung gelangen sollten und die Verhältnisse einen derartigen Schritt erfordern würden.

Auf die Frage eines Korrespondenten, ob sich das Zweimächtekontrollamt als eine hauptverantwortliche Körperschaft fühlen werde, falls die Konferenz der Außenminister im Herbst fehlschlagen sollte, antwortete der amerikanische Vorsitzende abschließend, darüber sei noch keine Entscheidung gefallen.

Frankreichs Stellung zur Ruhrpolitik

Eine Lösung auf internationaler Basis erwünscht - Das deutsche Kriegspotential darf nie wieder aufleben

London, 26. Sept. (AP) Aus britischen Regierungskreisen verlautete am 25. d. Mts., daß der französische Botschafter in London dem britischen Außenminister Bevin am 24. d. Mts. eine Note zur britisch-amerikanischen Ruhr-Politik überreicht hat. Die neue französische Note soll eine Stellungnahme Frankreichs zu dem englisch-amerikanischen Plan der Einsetzung einer deutschen Verwaltung der Ruhrbergwerke und zur Frage französischen Eigentums und finanzieller Interessen an der Ruhr enthalten. Diplomatische Beobachter weisen darauf hin, daß Frankreich die Frage der Beaufsichtigung auf allen Gebieten der Ruhrindustrie stets auf internationaler Basis gelöst wissen will. Die französischen Befürchtungen gelten insbesondere einem Wiederaufleben des deutschen Kriegspotentials auf Kosten der französischen Schwerindustrie.

Die britischen Behörden bereiten inzwischen ihre Begründung für die Notwendigkeit vor, Englands Kostenanteil an der Verwaltung der Bizone herabzusetzen. Sie wollen diese Angelegenheit in gemeinsamen Verhandlungen mit amerikanischen Sachverständigen zu Beginn des Oktober klären, ehe die Außenminister-Stellvertreter zur Vorbereitung der Konferenz der „großen Vier" im November zusammentreten.

Nach verläßlichen Informationen dürfte England den Vorschlag machen, daß die Vereinigten Staaten wenigstens 80 Prozent der Besetzungskosten übernehmen.

Frankreichs Wirtschaftslage ohne finanzielle Hilfe hoffnungslos

Paris, 26. Sept. (Dena-INS) Falls Frankreich bis zum 15. Oktober keine Anleihe von der Weltbank oder von den Vereinigten Staaten erhält, besteht keine Hoffnung, die in diesem Winter zu erwartenden Probleme zu lösen, erklärte am 25. September der französische Ministerpräsident Paul Ramadier einem INS-Vertreter. Werde Frankreich eine Anleihe nicht gewährt, so müsse er jede Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ablehnen.

85 000 freie deutsche Arbeiter werden in Frankreich eingestellt

Paris, 26. Sept. (AP) Fünfundachtzigtausend deutsche Kriegsgefangene sollen noch in diesem Monat entlassen und als freie Arbeiter in der französischen Landwirtschaft und Bergwerksindustrie eingestellt werden, wie das französische Arbeitsministerium am 25. September bekanntgab.

Nach Angabe des Ministeriums haben fast 100 000 von den 444 770 Kriegsgefangenen, die sich am 1. September noch in Frankreich befanden, das Angebot zum Verbleiben als freie Arbeiter in Frankreich angenommen.

Kriegsgefangene in alliierter Hand kehren bis Ende 1948 heim

Stuttgart, 26. Sept. (Dena) Alle in alliierter Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen werden bis Ende 1948 entlassen und in ihre Heimat zurückgeführt. Mit dieser Mitteilung beantwortete die amerikanische Militärregierung für Deutschland die vom Länderratsdirektorium am 31. Juli beschlossene Bitte an die alliierten Mächte um Bekanntgabe der Pläne über die Entlassung von Kriegsgefangenen.

Sowjetischer Außenhandelsbeirat

Berlin, 26. Sept. (Dena) Ein Außenhandelsbeirat wurde auf einer von der deutschen Verwaltung von Interzonen- und Außenhandel einberufenen Konferenz der fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone geschaffen. Er setzt sich aus Vertretern der Wirtschaft, des Exporthandels und der Exportgüter herstellenden Industrie sowie der Gewerkschaften zusammen.

Sofortiger Demontage-Stop nötig

Frankfurt, 26. Sept. (Dena) Ein sofortiger Demontage-Stop sei der einzige Ausweg, um die nicht wieder gutzumachende Vernichtung der für die europäische Wirtschaft und somit auch für die Pläne der Besatzungsmächte erforderliche Industriekapazität der Bizone zu vermeiden, heißt es in einer Entschließung der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der anglo-amerikanischen Zone, die am Donnerstag auf einer Tagung in Köln gefaßt wurde.

Londoner Konferenz der Großen Vier auf den 25. November vertagt

Außenminister-Stellvertreter treten am 6. Oktober zusammen - Diskussion über Tendenz des Marshall-Planes

Washington, 26. Sept. (Dena-Reuter) Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind, wie am 26. d. Mts. im amerikanischen Außenministerium erklärt wurde, übereingekommen, den 25. November als vorläufiges Datum für den Beginn der Außenministerkonferenz über die Deutschland-Frage festzusetzen. Man nimmt an, daß Frankreich dieses Datum gleichfalls billigen und auch die Sowjetunion keine Einwände gegen diesen Zeitpunkt erheben wird.

Dem britischen Vorschlag, der eine Überschneidung der Londoner Konferenz mit der gegenwärtigen Sitzungsperiode der UN-Generalversammlung vermeiden will, haben wie AP meldet, Frankreich und die USA inzwischen zugestimmt, während die Antwort Sowjetrußlands noch erwartet wird.

An der Zusammenkunft der Außenminister-Stellvertreter der „großen Vier" am 6. Oktober, während der die Vorarbeiten für die Hauptkonferenz geleistet werden soll, wird sich indessen nichts ändern.

Die Prüfung des Marshall-Planes

Washington, 26. Sept. (AP) Der USA-Regierungsausschuß, der den Bericht der 16 europäischen Staaten über ihren Hilfsbedarf prüft, hat versuchsweise beschlossen, den Vorschlag zu machen, daß die Vereinigten Staaten an die Hilfeleistungen im Rahmen des Marshall-Planes keine politischen Bedingungen knüpfen. Mitglieder des von Präsident Truman ernannten Ausschusses erklärten indessen, die USA müßten darauf dringen, daß die Empfängerstaaten den allgemeinen Zielsetzungen des Programms gerecht werden.

Der Prüfungsausschuß, an dessen Spitze Handelsminister Averell Harriman steht, stellte bisher fest, daß nur der Bedarf an Lebensmitteln und Brennstoff in dem Bericht der Pariser Konferenz klar dargestellt worden sei. Dagegen sei der so dringende Bedarf Europas an Fertigwaren wie zum Beispiel Bergbauausrüstungen, landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produkten so unbestimmt beschrieben, daß amerikanische Sachverständige aus Europa nach Washington kommen müßten, um diese Informationen zu ergänzen.

Der Ausschuß will Präsident Truman spätestens bis zum 1. November ein Gutachten vorlegen; weil die Zeit drängt, wird der Ausschuß einige wichtige Dinge der europäischen Wirtschaft auswählen und sich auf sie konzentrieren, um möglichst bald festzustellen, wie groß der dringendste Bedarf wirklich ist.

Außenminister George C. Marshall hat am Freitag das Eintreffen des Berichtes der 16 Nationen über die europäischen Bedürfnisse in Washington bestätigt.

Appell Präsident Trumans

Washington, 26. Sept. (AP) In einer Pressekonferenz forderte Präsident Truman am 25. September das amerikanische Volk auf, weniger zu essen, um seinen Teil dazu beizutragen, Europa vor dem Hunger zu bewahren.

Die Entscheidung über eine Sondereinberufung des amerikanischen Kongresses für eine Notstandshilfe an Europa werde am 29. September in einer Sitzung mit führenden Kongreßmitgliedern beider Parteien fallen.

Vereinte Nationen vor neuen Aufgaben

Vorschlag Schwedens — USA für die Zulassung Italiens in die UN

New York, 26. Sept. (Dena-Reuter-INS) Schweden brachte auf der Anfangssitzung des politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung eine Resolution ein, wonach der Ausschuß der Vollversammlung vorschlagen soll, daß der Sicherheitsrat die Mitgliedschaftsanträge folgender elf Staaten erörtern solle: Albanien, Bulgarien, Finnland, Irland, Italien, Mongol. Volksrepublik, Österreich, Portugal, Rumänien, Transjordanien und Ungarn.

Bei der Eröffnung der Donnerstagssitzung des Weltsicherheitsrates unterstützte der Delegierte der Vereinigten Staaten den Vorschlag für die Zulassung Italiens in die Vereinten Nationen.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten sprachen sich am 25. Sept. in der Sitzung des Politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung gegen die Teilnahme Bulgariens und Albaniens bei der Debatte der Griechenland-Frage aus, solange nicht diese beiden Staaten sich zunächst bereit erklärt hätten, den Verpflichtungen der UN-Charta nachzukommen. Die Sowjetunion widersetzte sich energisch diesem Ersuchen und forderte eine bedingungslose Teilnahme Bulgariens und Albaniens an der Diskussion.

Die Vereinigten Staaten protestierten bei der jugoslawischen Regierung energisch gegen den „unverantwortlichen" Druck von Seiten dieses Landes, um Grenzveränderungen im Gebiet von Triest zu erzwingen.

General T. F. Schtikow, Leiter der sowjetischen Delegation bei der sowjetisch-amerikanischen Korea-Kommission hat, wie der amerikanische Rundfunk am 26. Sept. meldet, den gleichzeitigen Abzug der amerikanischen und sowjetischen Besatzungsstreitkräfte im Jahre 1948 aus Korea vorgeschlagen.

Die französische Delegation hat am 26. Sept. dem Rechtsausschuß der UN-Vollversammlung die Bildung einer Kommission für internationales Recht vorgeschlagen.

„Anweisungsgesetz mißverstanden"

Exekutivrat wollte nur allgemeine Verwaltungsordnung erlassen

Frankfurt, 26. Sept. (Dena) Der Vorsitzende es Exekutivrates des Zweizonen-Wirtschaftsrates Oberbürgermeister Ludwig Metzger erklärte, in der wöchentlichen Pressekonferenz, er habe den Eindruck, daß das vom Zweimächte-Kontrollamt abgelehnte Anweisungsgesetz für den Exekutivrat bei den zuständigen alliierten Stellen etwas mißverstanden worden sei.

Man habe beim Zweimächte-Kontrollamt offenbar den Eindruck gehabt, daß der Exekutivrat zum selbständigen Erlaß von Gesetzen ermächtigt werden sollte. Dies sei jedoch nicht vorgesehen gewesen, vielmehr habe der Exekutivrat nur allgemeine Verwaltungsordnung erlassen wollen, zu denen dann von den Direktoren speziell Durchführungsverordnungen ausgearbeitet werden sollten, die Ablehnung des Gesetzes werde jedoch beim Exekutivrat keineswegs tragisch genommen.

Nachdem nun das Ziel des Anweisungsgesetzes, die Not durch allerschnellste Maßnahmen zu beseitigen, durch die Ablehnung des Gesetzes nicht erreicht werden könne, müsse der Wirtschaftsrat die drängenden Notmaßnahmen einzeln als Gesetz erlassen.

In der nächsten Plenarsitzung werde sich der Wirtschaftsrat unter anderem mit einem Gesetz über die Kartoffelversorgung befassen. Zur Fleischversorgung äußerte Metzger, daß der Wirtschaftsrat auch hierüber voraussichtlich einen Beschluß fassen werde.

Oberbürgermeister Ludwig Metzger gab ferner bekannt, daß sich ein Gesetzentwurf über Preisbildung und Preisüberwachung beim Exekutivrat in der letzten Phase der Vorbereitung befindet und wahrscheinlich Ende der nächsten Woche dem Wirtschaftsrat zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Zur Stellung des Exekutivrates gegenüber den Ländern erklärte Oberbürgermeister Metzger, daß dieser einerseits eine Zweizonenbehörde darstelle und sich andererseits aus den Vertretern der Länder zusammensetze. Die Frage der Verantwortlichkeit seiner einzelnen Mitglieder gegenüber ihren Regierungen sei jedoch nicht geregelt, so daß Einzelheiten der Praxis überlassen seien.

Militärregierung zum Fall Dr. R. Paul und Dr. H. Mertens

Berlin, 26. Sept. (Dena) Falls der ehemalige thüringische Ministerpräsident, Dr. Rudolf Paul, und der frühere Oberbürgermeister von Jena, Dr. Heinrich Mertens, sich gegenwärtig in der amerikanischen Besatzungszone aufhalten, müsse dieser Umstand in seiner ganzen Bedeutung von der deutschen Verwaltung in Betracht gezogen werden, erklärten Beamte der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am Dienstag in Berlin.

Für die amerikanische Militärregierung, so erklärten die Beamten, handele es sich in den Fällen Paul und Mertens um zwei „weitere Deutsche", die auf bisher unbekannten Wegen in die US-Zone gekommen seien.

„Demokratie nur durch freundschaftliche Diskussion"

Heidelberg, 26. Sept. (Dena) Zu der am 24. d. Mts. in Heidelberg eröffneten Tagung von Abgeordneten der bisher in der US-Zone bestehenden zwölf deutsch-amerikanischen Diskussionsklubs sandte General Lucius D. Clay, US-Militärgouverneur für Deutschland, eine Botschaft, in der es u. a. heißt: „Die amerikanische Militärregierung ist sich darüber im klaren, daß Demokratie nur bei freundschaftlicher und uneingeschränkter Diskussion gedeihen kann und sie begrüßt das Zusammentreffen von Amerikanern und Deutschen auf zwanglosen gesellschaftlichen Veranstaltungen.

Treffen der Ministerpräsidenten der Bizone wurde verschoben

Frankfurt, 26. Sept. (Dena) Das Treffen der acht Ministerpräsidenten der britischen und amerikanischen Zone, das für den 30. September in Frankfurt angekündigt war, wurde aus technischen Gründen verschoben, gab der Präsident des Zweizonen-Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, am 24. d. Mts. bekannt.

Kurz beleuchtet

Am 6. Juni, dem dritten Jahrestag der anglo-amerikan. Invasion des Festlandes, entwickelte der amerikanische Außenminister vor der Havard-Universität seine Idee einer organischen Europahilfe Amerikas. Bevin flog einige Tage später zu seinem französischen Kollegen nach Paris, die Geburtsstunde dessen, was die Welt heute Marshall-Plan heißt, hatte geschlagen.

Die nach dem totalen Scheitern der Moskauer Konferenz sich über Europa ausbreitende pessimistische Stimmung wich einer neuen Hoffnung, die auch dann nicht zerrann, als Rußland und seine Randstaaten nach anfänglichem Schwanken absagten. In wochenlangen Beratungen der wirtschaftlichen Sachverständigen von 16 zustimmenden Nationen des westlichen Europa wurde der Plan in die Form eines konkreten Vorschlags gegossen. Sein Grundgedanke bleibt die Ländergrenzen und politische Ressentiments überspringende wirtschaftlich einheitlich ausgerichtete sinnvoll aufeinander abgestimmte Selbsthilfe des kleineren Europa, weil es das größere nicht sein kann und die unentbehrliche Bluttransfusion aus dem Reservoir der gewaltigen amerikanischen Wirtschaftskraft. Sein Ziel ist die wirtschaftliche Rettung der Wiege der modernen menschlichen Kultur, und seine Wirkung würde bei erfolgreichem Ablauf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des europäischen Westens sein. Und der wird, getrennt oder wiedervereinigt, immer das ausschlaggebende Fragment Gesamteuropas bleiben.

Dieser Vorschlag, in dem sich die Not und Hilfsbedürftigkeit des Abendlandes in nackten Zahlen widerspiegelt, wurde vor einigen Tagen dem amerikanischen Außenminister übergeben. Das Europa des Westens hat seine wirtschaftliche Bilanz, ein Fazit der Kriegszerstörungen der Vergangenheit, gezogen. Die Entscheidung ist nun in die Hände des amerik. Volkes gegeben. W. B.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Notwendigkeit und Reformbedürftigkeit der Denazifizierung

Von Walter Schwerdtfeger

Minister Kamm bezeichnete kürzlich das Befreiungsgesetz als einen Versuch, die fällig gewesene, aber ausgebliebene Revolution zu ersetzen. Nun, ein solcher Versuch ist das Gesetz nicht und kann es auch nicht sein, man kann, um Chamfort zu variieren, Revolutionen so wenig mit Gesetzen machen, wie man sie mit Leitartikeln bewirken oder Auglasställe mit Pfauenfedern reinigen kann. Das Befreiungsgesetz ist daher keine Revolution, sondern eine legale politische Handlung. Ihr zu bewirkender Zweck ist, wie der Gesetzestitel besagt, die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus, mit dem Ziel, die errichtete, aber noch weitgehend unvollendete Demokratie vor Gefährdung oder gar Untergrabung durch nationalsozialistische Einflüsse und Elemente zu sichern.

Das Gesetz kann also nur eine Säuberung und Sicherung sozusagen von der organisatorischen Seite her bewirken. Aus einem Nationalsozialisten etwa aber einen Demokraten zu machen, eine innere Umkehr zu bewirken, eine geistige Erneuerung, das vermag das Gesetz nicht. Das ist auch nicht seine Aufgabe. Das aber soll es geben: nach einer Ära der Willkür, der praktischen Rechtlosigkeit die Überzeugung, daß es ein Gesetz nicht nur rechtens, sondern auch der Gerechtigkeit ist. Vermittelt es diese Überzeugung nicht, so hat es in einer seiner wichtigsten Aufgaben versagt.

Die Praxis lehrte die Mängel

Die besten Gesetze entstehen aus Sitten und Gebräuchen, sagt Joubert. Solche Gesetze gründen sich auf eine Fülle von Erfahrungsmaterial, in langen Jahren ausgereift und schließlich in einem Gesetz kristallisiert. Das Befreiungsgesetz ringt mit der Lösung eines Problems, wie es einfach noch nicht da war. Es wäre ein Wunder gewesen, wäre es ein vollkommenes Gesetz geworden. Seine Mängel konnten, wie das bei jedem Gesetz der Fall ist, erst in der Praxis zutage treten. Jetzt, nach 1½ Jahren Wirksamkeit der Denazifikation, sind sie so offenkundig geworden, daß sie klar bezeichnet und beseitigt werden müssen. Wir betonen, es sind die Leute in den Ministerien, in den Spruchkammern und in der Presse, die aus ihrer praktischen Arbeit heraus die Fehler des Gesetzes erkannt haben. Wenn diese über dem Verdacht der Nazifreundlichkeit stehenden Männer ihre Stimme für eine Revision erheben, so darum, weil sie — die zwölf Jahre lang Unrecht erlitten — leidenschaftlich sich gegen jedes Unrecht wenden, wo immer es auch auftrete. Und weil sie nicht vor ihrem Gewissen verantworten können, daß die junge deutsche Demokratie mit einer Hypothek des Unrechts und einer daraus gezüchteten gefährlichen Opposition belastet wird.

Die Denazifikation ist ein diffiziles Problem, Mißverständnisse, unbeabsichtigte und gewollte, sind an der Tagesordnung. Darum ganz unmißverständlich: der Säuberungsprozeß ist eine historische Notwendigkeit. Da er nicht revolutionär bewirkt werden konnte, mußte ein Gesetz erlassen werden, es war eine absolute Notwendigkeit. Und es war wieder geschichtlich bedingt, daß zunächst die politische Säuberung von der Besatzungsmacht vorgenommen, daß erst später die Durchführung von deutscher Seite mitübernommen wurde. „Eine Überfassung der Aufgabe ausschließlich in die deutsche Hand stand damals nicht zur Diskussion und ist bis zum heutigen Tage niemals zur Diskussion gestanden" (Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier am 11. d. Mts. in Stuttgart). Das Gesetz war, um es zu wiederholen, notwendig, und es hat — was es als echtes Recht charakterisiert — den zur Anwendung gelangenden Grundsatz, daß niemand beurteilt oder verurteilt werden darf, dem nicht Gelegenheit geboten wäre, in öffentlicher Verhandlung sich zu rechtfertigen und zu verteidigen.

Ein Gesetz bedarf der festen Form, der Präzisierung dessen, was es bestimmt und regelt. Darin liegt seine Stärke, aber diese Stärke, die eine Bindung ist, ist fast bei jedem Gesetz verbunden mit einer gewissen Starre, die wohl durch Ausführungsbestimmungen und Handhabung gelöst, aber nicht beseitigt werden kann. Darin liegt auch die Schwäche des besten Gesetzes der tausendfältigen Vielheit des Lebens gegenüber, der — populär gesprochen — Zusammenstoß zwischen Gesetzesvorschrift und gesundem Menschenverstand, das Beharren eines Gesetzes, wenn die Entwicklung bereits auf der Straße der Erfahrung weitergeschritten ist. Hier hilft nur die Revision, soll nicht Vernunft zu Unsinn, Wohltat zu Plage werden.

Individuelle Prüfung und formale Belastung

Wie gesagt, das Gesetz kann nicht, wie der keineswegs immer klügere gesündere Menschenverstand, irrlichtelieren hin und her, es kann ohne die, wenn auch einen möglichst weitfassenden Kreis ziehende, geschlossene und feste Form nicht sein. So hat auch das Befreiungsgesetz seine Definition, seine Grundsätze, seine Kategorien und Präzisierungen. Zweierlei soll dabei im Rahmen dieser unvermeidlich gewordenen kritischen Betrachtung vor allem — quasi als Ausgangspunkt — herausgestellt werden. Ad 1 aus Artikel 2 die Festlegung, daß die Beurteilung des Einzelnen in gerechter Abwägung der individuellen Verantwortlichkeit und der tatsächlichen Gesamthaltung zu erfolgen hat. Ad 2) aus dem gleichen Artikel, daß die äußeren Merkmale wie die Zugehörigkeit zur Partei, einer ihrer Gliederungen oder einer sonstigen Organisation für sich allein nicht entscheidend für den Grad der Verantwortlichkeit sind. Ad 3) schließlich ist Artikel 4 mit seiner Klassifizierung in 1. Hauptschuldige, 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer), 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe), 4. Mitläufer und 5. Entlastete zu nennen.

Das Gesetz enthält also den Grundsatz der individuellen Prüfung und setzt sogleich die formale Belastung voraus. Würde nun da, wo formale Belastung vorliegt, die individuelle Prüfung aber ergibt, daß der Betroffene keine verbrecherischen oder verwerflichen Handlungen vorgenommen hat, auf Mitläuferschaft erkannt (wenn infolge Fehlens aktiver Gegenarbeit gegen den Nationalsozialismus Entlastung nicht in Frage kommt), so wäre alles in Ordnung. Der in individueller Prüfung schuldig Befundene empfinge seine Strafe, der Nichtschuldige ginge als Mitläufer aus. Die Spruchkammern sind nun zwar vielfach wohl geneigt, auf Grund der individuellen Würdigung des Gesamtverhaltens zu entscheiden, jedoch zeigt dann die Praxis, daß nicht das im Gesetz verankerte Prinzip der individuellen Prüfung entscheidet, sondern die formale Belastung. Denn wo die Kammer nach dem Individuellen entscheidet, werden die ergangenen Sprüche größtenteils von der Militärregierung beanstandet, und zwar auf Grund der gegebenen formalen Belastung. Über diese Beanstandungen und das Kassationsrecht weiter unten Grundsätzliches.

Eine rechtliche Unmöglichkeit

Das Gesetz soll die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus bewirken, d. h. doch, daß es seine Repräsentanten aus allen irgendwie einflußreichen oder gar maßgeblichen Positionen beseitigen muß. Sie waren bekannt genug, daß die Erfüllung dieses Teils des Gesetzes nicht schwierig, praktisch auch fast restlos bewirkt ist, wenigstens was die eingetragenen Pg. betrifft. Das Gesetz soll ferner die bestrafen, die verbrecherischer oder verwerflicher Handlungen schuldig sind. Sie sind zum großen Teil bereits verurteilt oder in Gang, soweit man ihrer habhaft werden konnte. Man weiß aber, und das liegt wunde Punkt des Gesetzes, daß es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Betroffenen um Personen handelt, denen keine der gekennzeichneten Handlungen zur Last gelegt werden kann. Nicht alle von ihnen können sich auf den „politischen Irrtum" berufen, bei vielen lag, indem sie z. B. den Antisemitismus durch ihren Beitritt zur NSDAP bejahten, eine zu verwerfende Gesinnung vor. Da sie jedoch keine verbrecherischen und keine verwerflichen Handlungen begingen, bleiben eben nur politischer Irrtum und zu verwerfende Gesinnung übrig. Es können aber im Wege der Rechtsprechung Gesinnungen und politische Irrtümer nicht bestraft werden. Das ist rechtlich unmöglich. Es ist dazu politisch töricht, denn politischer Irrtum und verwerfliche Gesinnung können eingesehen werden. Und man will doch, daß diese Einsicht eintritt, als Brückenschlag zur demokratischen Gesinnung. Warum also viele Tausende, die z. T. schon vor dem Zusammenbruch begriffen hatten, die dem neuen Werden loyal und erwartungsvoll gegenüberstanden, zurückstoßen und in eine sich mehr und mehr verschärfende Opposition gegen den neuen Staat treiben? Das aber ist geschehen. Hier hat das Gesetz sich gegen seinen Zweck gerichtet, ganz einfach deshalb, weil es den Kreis der Betroffenen zu weit zog. Nebenbei gesagt: der eingetragene Pg. und Blockwart, der Beiträge für dies und das kassierte, hat wesentlich weniger zur Stärkung der NSDAP getan, als etwa der Ministerialdirektor, der Nicht-Pg. war und sich auf seine Zugehörigkeit zum NSKK oder seinen Monatsbeitrag als förderndes Mitglied der SS stützte, dafür aber der Partei seine umfassenden Sachkenntnisse zur Verfügung stellte und ihr praktische Vorschläge im Geiste des Nationalsozialismus übermittelte, oder der Jurist, der, ebenfalls Nicht-Pg. dieser Art, sein Amt für den Nazismus mißbrauchte. Nur: der Blockwart ist heute Belasteter oder Minderbelasteter, der Ministerialdirektor und der Jurist als Nicht-Pg. amtieren ungeschoren im neuen Deutschland am alten Platz.

Der Formalismus des Gesetzes, das zu weite Ziehen des Kreises der Betroffenen, hat bei der Durchführung der Verfahren in zweifacher Hinsicht Erscheinungen gezeitigt, die zur Züchtung jener erwähnten Opposition stark beigetragen haben. Erscheinungen, die bei einer politisch und psychologisch besser durchdachten Konstruktion des Gesetzes zu vermeiden gewesen wären. Wir meinen die Art der Beibringung des Belastungsmaterials. Der wirkliche Antifaschist denkt zu politisch, als daß er um jedes Wort, wegen jeder Drohung aus der Zeit des Dritten Reiches zum Kadi liefe, wenn diesem Wort, dieser Drohung keine Taten folgten. Er tritt nur da als Belastungszeuge auf, wo er tatsächliche Belastung nachweisen kann. Darum sieht man in den Verhandlungen ein Überwiegen von persönlicher Feindschaft, von Neid aus Vermögens- oder Geschäftsgründen, ein Zuviel an Allzumenschlichem, ein oft widerliches Denunziantentum, das auf jeden Menschen mit gesundem Empfinden abstoßend wirkt, das einen fressenden Eiterherd von Zwietracht und Haß in der Bevölkerung bildet. Dazu tritt eine politische Praxis, die mit der Zeugenschaft oder der Unterlassung der Zeugenschaft parteipolitische Manöver zum Zwecke des Stimmenfanges betreibt. Die Bevölkerung wendet sich in ihrer Mehrheit ferner dagegen, daß Heimkehrer aus langjähriger Kriegsgefangenschaft den Spruchkammerverfahren unterworfen werden. Sie haben, so argumentiert man, durch die lange Gefangenschaft hinreichend gebüßt.

Das Problem der Internierten

Wenden wir uns der Problematik der Interniertenlager zu. In sieben Lagern Nordwürttemberg-Nordbadens beziffert sich die Zahl der Internierten auf zurzeit etwa 10 000 Personen, die nach der Kapitulation auf Grund ihrer ehemaligen politischen Kategorien automatisch in Haft genommen wurden. Die ursprünglich höhere Zahl ermäßigte sich durch die Entlassung gewisser Gruppen (NSKK, NSFK und HJ sowie der sogenannten Politischen Leiter bis zum Ortsgruppenleiter). Die Internierungszeit dauert bereits 2⅓ Jahre. Das Durchschnittsalter im Internierungslager Kornwestheim zum Beispiel beträgt nicht weniger als 46 Jahre. In den Interniertenlagern sind keine Kriegsverbrecher, die Internierten, bei denen Verbrechen vermutet werden konnten, sind nicht mehr in den deutscher Verwaltung unterstellten Lagern. Obwohl aber zweifellos feststeht, daß eine große Anzahl Betroffener interniert sind, die keine verbrecherischen Handlungen begangen haben, kommen sie nicht zur Entlassung. Ergangene Sprüche werden gerade bei den Lagerspruchkammern immer wieder von der Militärregierung beanstandet. Bis zum August waren von den Kammern des Lagers in neun Monaten ca. 350 Sprüche ergangen, in 83 Fällen erfolgte daraufhin Entlassung, 141 Sprüche wurden durch das Ministerium für politische Befreiung kassiert, oder es wurde eine Berufung gegen sie eingelegt, aber etwa die Hälfte aller Sprüche war im August noch nicht entschieden. Zwar erhalten laut Gesetz die Sprüche 4 Wochen nach Zustellung die Rechtskraft, tatsächlich aber vergehen bis zur Entscheidung über den Spruch durch das Befreiungsministerium im Durchschnitt der Fälle mindestens 8 Wochen. Da vorher eine Entlassung des Internierten nicht erfolgt, bedeutet dies eine weitere erhebliche Verlängerung der Haftzeit. Weiter: auf Grund von Artikel 52 des Gesetzes (Möglichkeit der Aufhebung von Sprüchen durch den Minister), wird die richterliche Unabhängigkeit in ein fragwürdiges Licht gerückt. Die Häufigkeit der Aufhebung zu Ungunsten der Internierten von Sprüchen der Lagerspruchkammern hat den Zustand gezeitigt, daß Internierte — um weitere Verzögerung der Entlassung zu vermeiden — die Spruchkammern bitten, sie entgegen ihrem richterlichen Ermessen ungünstiger einzustufen. Ebenso erfolgen von Kammerseite mitunter bewußt ungünstigere Einstufungen, um einer Aufhebung des Spruches vorzubeugen. Schließlich kommt es vor, daß nach Kassierung des ersten Spruches in der zweiten Verhandlung bei gleicher personeller Zusammensetzung der Kammer und gleichem Tatbestand ein wesentlich schärferes Urteil gefällt wird. Daß derartige Erscheinungen möglich sind, zeigt, daß hier etwas in dem Gesetz nicht stimmt. Die Folgen des Gesetzes richten sich auch hier gegen seinen Zweck, sie bewirken — um es offen auszusprechen — statt Denazifizierung eine Renazifizierung. Da die Verbrechen oder schwerer Verfehlungen Schuldigen sich nicht mehr in den deutscher Verwaltung unterstehenden Internierungslagern befinden, löse man entsprechend auch dem Verlangen des Befreiungsministers Kamm die Interniertenlager auf. Die Sicherstellung der aus ihren Parteistellungen heraus zunächst einmal samt und sonders Verdächtigen ist mit den Lagern erreicht worden. Nachdem die Siebung erfolgt ist, übergebe man alle diejenigen, denen weder verbrecherische oder verwerfliche Handlungen vorzuwerfen sind, den Heimatspruchkammern. Die Internierten lager sind überholt und politisch nicht mehr vertretbar, zugleich sind sie wirtschaftlich eine schwere Belastung. Zwar werden die Internierten zur Arbeit eingesetzt. Im Lager Kornwestheim z. B. arbeiten von 3000 Internierten 1000 in Außenarbeit, 1000 im Lager selbst in gewerblicher Tätigkeit, 500 in der Lagerverwaltung. Der Rest ist krank oder aus Mangel an Bewachungspersonal nicht zur Arbeit einsetzbar. Der Ertrag dieser Arbeit ist so gering, daß er den 1946/47 auf 15 Mill. Mark für Württemberg-Baden einzuschätzenden Kosten gegenüber nicht ins Gewicht fällt. Eugen Kogon bezifferte in den Frankfurter Heften die Gesamtkosten der Lager in der amerikanischen Zone auf 180 Millionen Mark.

Kassationen und A-Briefe

Wir sprachen von dem Recht der Militärregierung, Sprüche zu kassieren. Die Bevölkerung der Staaten, die Deutschland besetzt halten, und die Bevölkerung einer weiteren Reihe von Staaten dazu ist durch den Nationalsozialismus des Friedens beraubt worden. Millionen ihrer Menschen sind durch den Nationalsozialismus getötet worden. Das Ausland hat also ein vollbegründetes Recht, den Nationalsozialismus in Deutschland beseitigt zu sehen, dabei mitzuwirken und darauf zu achten, daß nichts geschieht, was einem Wiedererstehen des Nazismus unter welchem Namen auch immer den Weg bereiten könnte. So ist auch das Recht der Militärregierung, Entscheidungen aufzuheben, unbestreitbar. Unbestreitbar ist auch, daß Kammern Entscheidungen gefällt haben, die unmöglich waren. Diese Vorkommnisse beweisen, daß Kassation gegebenenfalls nötig ist und nicht beseitigt werden darf. Aber von ihr sollte — und das gilt auch von der entsprechenden Befugnis des Befreiungsministers — nur da Gebrauch gemacht werden, wo wirklich die politische Notwendigkeit es gebieterisch erheischt. Man muß hier äußerst sorgsam vorgehen, will man nicht die Spruchkammervorsitzenden, den Berufsrichter, in eine Lage drängen, die dem Postulat richterlicher Unabhängigkeit widerspricht und die den Richter und darüber hinaus die ganze Spruchkammerpraxis so diskretieren muß, wie es bereits geschehen ist. Haben in der Kammer 1 Berufsrichter und 4 Laienrichter nach Gesetz und bestem Wissen und Gewissen geurteilt, so sollte man sie, ist es irgend vermeidbar, nicht desavouieren, nicht ihre Richtersprüche im Verwaltungswege aufheben, sie also nicht zwingen, nach Weisung von oben Recht zu sprechen. Es war einer der schwersten Vorwürfe, die gegen die deutsche Justiz im Dritten Reiche erhoben wurde, daß sie in der Rechtsprechung sich dem Kommando von oben beugte. Das darf aber heute nicht geschehen. Das Befreiungsgesetz ist ein Novum, ist — hoffentlich — ein einmaliger Vorgang. Rechtfertigt hier die Besonderheit der Materie eine Kassation, so sollte doch von ihr nur allerspärrsamst Gebrauch gemacht werden. Das geschieht aber nicht, vielmehr sind häufig die Kassationen politisch sinnlos, wenn nämlich Sprüche beanstandet werden, weil der Betroffene Entlasteter geworden ist, während mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß er schlimmstenfalls Mitläufer wird. Ob er nun Entlasteter oder Mitläufer wird, ist, frei herausgesagt, völlig gleichgültig. Oder man beanstandet Sprüche bei kleinen Leuten, die politisch und auf Grund ihrer Berufstätigkeit weder von Einfluß noch von Bedeutung waren. Auch hier ist es gleichgültig, ob sie schließlich Minderbelasteter oder Mitläufer werden.

Erwähnen wir noch die A-Briefe der Militärregierung, die häufig erst lange nach ergangenem Spruch versandt werden und Aufhebung von Dienstverhältnissen auf Grund des Befreiungsgesetzes bewirken. Unstreitig, es gibt Fälle, in denen diese Aufhebung berechtigt ist. Widersinnig aber ist es, wenn ein Betroffener, der Entlasteter geworden ist, infolge eines A-Briefes wieder aus dem Dienst ausscheiden muß, weil er nach Auffassung der Militärregierung hätte Mitläufer werden müssen. Auf der anderen Seite aber bleibt der stärker Belastete, der sofort Mitläufer geworden ist, unbeanstandet im Dienst. Das heißt also, daß der der wirklich oder beinahe in die Kategorie der Entlasteten gehört, schlechter gestellt wird als der stärker Belastete.

Kurzes Resumé

Fassen wir kurz noch einmal zusammen, was wir im Befreiungsgesetz und seiner Praxis zu kritisieren haben:

1. Die Durchkreuzung des Grundsatzes der individuellen Prüfung durch die Entscheidung nach der formalen Belastung.
2. Die rechtliche Unmöglichkeit, politischen Irrtum und verwerfliche Gesinnung zu bestrafen, während nur die Handlung, die Tat, strafbar ist.
3. Die zu weite Ziehung des Kreises der Betroffenen mit allen der politischen Erneuerung Deutschlands abträglichen Folgeerscheinungen.
4. Die noch nicht erfolgte Aufhebung der Internierntenlager.
5. Die Praxis der Berufungen und Kassationen.
6. Die aus 5. erfolgte Diskreditierung der Richter und Spruchkammern.

Positive Vorschläge

Mit einer Kritik sollen positive Vorschläge verbunden sein. Der Unterausschuß für Entnazifizierungsfragen der Rechts- und Verwaltungsausschüsse beim Zonenbeirat gab auf einer Hamburger Tagung Richtlinien bekannt, nach denen Ziel der Säuberung sein müsse: Bestrafung der Schuldigen, Maßnahmen gegen die Nutznießer und Errichtung politischer Sicherungen zum Schutze der Demokratie. Formell Belastete unterlägen damit dem Verfahren nicht mehr, das ganze Mitläuferproblem wäre mit einem Federstrich erledigt. Dieses Verfahren wäre zu einfach. Wohl aber ist es möglich, den Kreis der Betroffenen wesentlich enger zu ziehen und so eine Erleichterung und Beschleunigung in der Durchführung der politischen Säuberung zu erreichen. Der Befehl 201 des Marschall Sokolowski hat auch in den Westzonen so starken Widerhall gefunden, daß er im Rahmen dieser Betrachtung genannt werden muß. Auch hier sehen wir ein zu summarisches Verfahren, aber gleichzeitig eine Bekräftigung der Auffassung, daß unser Befreiungsgesetz allzu weitfassend ist. Daß übrigens der aus dem Befehl 201 profitierende Pg. nicht nur das aktive, sondern zugleich auch das passive Wahlrecht erhält, ist etwas zuviel des Entgegenkommens. Mitläuferschaft gibt nicht die Qualifikation, sofort wieder als Gewählter aktiv im politischen Leben wirken zu können. Ein Come back der Pg. von gestern in der politischen Arena setzt zunächst einmal Bewährung voraus.

Also: kräftige Einengung des Kreises der vom Gesetz Betroffenen und damit schnelle Lösung des Problems der „kleinen" Pg. Ferner: maßgebend soll sein die individuelle Prüfung, also stärkeres Abrücken vom Formalismus des Gesetzes. Die Kammern sollten von der Möglichkeit des Art. 2 des Gesetzes stärkeren Gebrauch machen können, was voraussetzte, daß bei den Berufungen und Kassationen ebenfalls weitgehend vom Formalismus abgegangen würde. Die Internierten sollen von den Heimatspruchkammern abgeurteilt werden. Wird der Kreis der Betroffenen entsprechend etwa der erwähnten Hamburger Entschließung verkleinert, so könnten einem Vorschlag von sachverständiger juristischer Seite zufolge an Stelle des bisherigen Verfahrens große Strafkammern mit 3 Berufsrichtern und 4 Laienrichtern eingerichtet werden, die nur wirklich verbrecherische nationalsozialistische Taten abzuurteilen hätten. Die anzuklagenden Tatbestände würden ungefähr dem Artikel 5 des Befreiungsgesetzes und der meisten Ziffern der Art. 7—9 des Gesetzes entsprechen müssen. Bei dieser vorgeschlagenen außerordentlich guten Besetzung solcher Strafkammern könnte es bei einer einzigen Tatsacheninstanz sein Bewenden haben. Als Rechtsmittel dürfte nur die Revision gegeben sein. In Württemberg-Baden sind nach einer rohen Schätzung der die Anregung verfechtenden, in der Entnazifizierungspraktik stehenden Persönlichkeiten höchstens 20 000 Fälle vorhanden, die nach diesem Verfahren abzuurteilen wären. Als weiterer Ausgleich für die Einstellung des bisherigen Entnazifizierungsverfahrens wären sehr ernstlich in Betracht zu ziehen: eine Auflockerung des Berufsbeamtentums dahingehend, daß alle Beförderungen von Beamten nach 1933 rückgängig gemacht werden, und alsdann eine Neueinstufung vorgenommen würde. Weiter wäre die Unwiderruflichkeit für Beamte für eine Reihe von Jahren gänzlich abzuschaffen, so daß der Staat jeden Beamten, der sich nicht im demokratischen Sinne bewährt, jederzeit entlassen könnte. Gegen die so ausgesprochene Entlassung könnte evtl. die Anrufung einer Disziplinarkammer vorgesehen werden.

Eine weitere politische Ergänzungsmaßnahme bei Verzicht auf das Befreiungsgesetz wären Steuermaßnahmen, die zu bestehen hätten a) in einer 100prozentigen Wegsteuerung des Vermögenszuwachses seit 1933 bei Nutznießern und b) eventuell in Steuerzuschlägen zur Einkommen- und Vermögenssteuer bei formal politisch Belasteten. Schließlich wären noch in Betracht zu ziehen, gewisse Abgaben in Sachwerten. —

Schlußwort

Über die nunmehr durch Praxis und Erfahrung erwiesene Tatsache, daß das Befreiungsgesetz Mängel hat, daß es Ungerechtigkeiten gezeitigt hat, daß es nicht die im Interesse innerpolitischer Befriedung erwünschte und auch nötige rasche Durchführung der politischen Säuberung bewirken kann, ist nicht hinwegzukommen. Und damit nicht über die Revision. Der Befreiungsminister ist in dieser Hinsicht bemüht, wir sind gewillt, ihn in dieser Arbeit aus dem dringlichen politischen Erfordernis heraus tatkräftig zu unterstützen.

Wir wollen eine gründliche politische Säuberung, nicht nur, weil das Ausland sie von uns erwartet und mit Recht zu erwarten hat, sondern auch, weil wir in Zukunft in sauberer politischer Atmosphäre atmen und wirken wollen. Und darum wollen wir am Gesetz und seiner Handhabung geändert sehen, was eine Renazifizierung bewirken kann, deshalb wollen wir ein Gesetz und ein Verfahren mit einem Maximum von Rechtsgarantien. Hierbei mitzuwirken, ist Sinn und Zweck dieser kritischen Betrachtung.

Die spitze Feder

Unter Simpfendörfers Führung ...

Die unabhängige Presse hat sich während der Spruchkammerverhandlung gegen Wilhelm Simpfendörfer Zurückhaltung auferlegt, um nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Die „Union", Nachrichtenblatt der CDU Württemberg, aber verstieg sich in ihrer Nr. 37 vom 16. Sept. zu folgender Behauptung, die für jeden aktiven Antifaschisten eine glatte Beleidigung war durch die Beweisaufnahme im Falle Simpfendörfer sei erwiesen worden, „daß keine politische Gruppe von damals, den Kampf gegen den Nationalsozialismus grundsätzlicher und umfassender geführt hat, als der CSVD unter Simpfendörfers Führung. Dieser Kampf wurde kompromißlos bis zum Ende durchgekämpft." So in edler Dreistigkeit die Union, ein Parteiblatt eben, das parteilich sein muß, und sicherlich der Meinung ist, daß das Ende des kompromißlosen Kampfes Simpfendörfers (mit der Aufforderung vom 29. 3. 1936, jede Stimme für Hitler abzugeben); die Einstufung als „minderbelastet", ein bitteres Unrecht darstellt. -dt-

Die Jugend nimmt Stellung

I.

Das Stuttgarter Jugendparlament nahm in seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien eine Entscheidung zur Friedensfrage an, die dem Landtag mit dem Ersuchen zugehen soll, folgende drei Punkte in die Verfassung aufzunehmen: 1. Jede Erziehung, die dem Militarismus dient und jede Propaganda einer Politik, die die Verständigung mit andern Völkern gefährdet, ist ungesetzlich. 2. Niemand darf durch Gesetz zum Dienst mit der Waffe in der Hand oder Kriegshilfsdienst gezwungen werden. 3. Diese Punkte dürfen nicht geändert werden. (Dena)

II.

Wie die Berliner Zeitung „Der Sozialdemokrat" berichtet, haben sich die Jugendgruppen der CDU, SPD und LPD in einem Brief an den alliierten Kontrollrat gegen die in der Sowjetzone vorgenommenen Zwangsdienstverpflichtungen ausgesprochen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die Flucht von tausender junger Arbeitskräfte in die Westzonen der Erfolg dieser Zwangsverpflichtungen sei; ferner wird dagegen protestiert, daß den Flüchtenden die Einreise durch General Clay verboten worden sei.

Postzensur wird aufgehoben

Frankfurt, 26. Sept. (Dena). Die amerikanische Zensurstelle für Privatpost wird, wie das amerikanische Hauptquartier für den europäischen Befehlsbereich am Montag mitteilte, vom 26. Sept. an nach und nach aufgelöst werden.

Hülsenfrüchte für Bizone

Washington, 26. Sept. (AP) Der internationale Notstands-Ernährungsrat hat für die Bizone Deutschlands die Zuteilung von 65 000 t Bohnen und Erbsen bewilligt.

Das freie Wort

Herr Julius Stieglitz, Karlsruhe, Gartenstraße 15, schreibt uns u. a.: Wenn heute die Bauern immer wieder als eigensüchtige Egoisten beschimpft werden, so kommt das daher, daß die Großstädter von gewissen Dingen keinen blassen Schimmer haben. Vor allem sind sie sich im unklaren, daß auch der Landwirt heute schwer zu kämpfen hat auf wirtschaftlichem wie auf anderen Gebieten. Von dem üppigen Wonleben, das dem Bauern vorgeworfen wird, kann keine Rede sein und daß ein Bauer zu Feiertagen 40—50 Kuchen backt, wie einmal behauptet wurde, ist ein bösartiges Gerücht. Was der Landwirt für seine Erzeugnisse bezahlt bekommt, steht in gar keinem Verhältnis zu seiner Arbeit und zu den heutigen Lebensbedingungen. Und was Kompensationsgeschäfte angeht: auch der Landwirt benötigt für sich und seine Familie Kleidung und Schuhwerk, das er auf legalem Wege meist nicht auftreiben kann. Warum soll ihm also, wie auch dem Städter, kein Tauschgeschäft gestattet sein? Mit Schieberei und Schwarzhandel hat das doch nichts zu tun. Zugegeben, daß es auch unter den Landwirten schwarze Schafe gibt, aber dafür kann man nicht den gesamten Stand verantwortlich machen. Wenn der Bauer sein vorgeschriebenes Soll abliefert, was zum größten Teil der Fall ist, soll man ihn in Ruhe lassen. Der Bauer ist der Letzte, der es nicht begrüßen würde, wenn er wieder seine Erzeugnisse zur Stadt bringen, zu reellen Preisen verkaufen und mit dem Erlös wieder seinen Bedarf decken könnte.

Einer Zuschrift von Frau Hedwig Ring, Karlsruhe, Vorholzstr. 8, entnehmen wir: Infolge der Trockenheit wurden die in Aussicht gestellten drei Zentner Einkellerungskartoffeln auf einen Zentner reduziert und sogar darauf hingewiesen, daß wohl nicht jeder beliefert werden könne. Als Ersatz solle es Nährmittel und Brot geben. Worte hart wie der ausgetrocknete Boden, denn die bevorstehende Not wird demnach noch härter werden. Inzwischen darf aber der Bauer seine Schweine rüstig weiter mästen, von denen jedes bis zur Schlachtreife bis zu 50 Zentner Kartoffeln frißt, abgesehen von den übrigen Futtermitteln. Die verhungernde Stadtbevölkerung sieht darin nicht nur ein himmelschreiendes Unrecht, sondern auch eine offene Provokation und ein Verbrechen am Volk. „Er begehrte seinen Bauch zu füllen mit Trebern, die die Säue aßen, und niemand gab sie ihm." Dieses Bibelwort charakterisiert leider allzu treffend den erbärmlichen Lebensstandard des deutschen Normalverbrauchers und sein Verhältnis zu dem des Bauern. Voll Sehnsucht erwarten wir die versprochene Abschlachtung der Säue, auf daß wir in den Genuß der „Treber" kommen und nicht Hungers sterben.

Herr A. Wiedemann, Karlsruhe, Baumeisterstraße 28, schreibt uns: Zu dem Artikel vom 6. Sept. des Herrn Josef Olpp, Pforzheim, möchte ich noch hinzufügen, daß nicht allein die finanzielle Unterstützung der Kriegsgefangenen zu wünschen übrig läßt, sondern auch die ärztliche Betreuung und die Versorgung mit der nötigsten Bekleidung. Als Beispiel möchte ich mein Schicksal schildern. Mit 10.— RM Entlassungsgeld und einer Jacke als Spende vom Roten Kreuz wurde ich in Hersfeld entlassen. Mit vollständig zerrissenen Holzschuhen und ohne Arbeitskleidung mußte ich in Karlsruhe die Arbeit aufnehmen. Obwohl ich schon über 2 Monate hier arbeite und Zuzugsgenehmigung habe, war es mir trotz mehrfacher Bemühungen nicht möglich, eine Hose oder Schuhe oder einen Bezugschein für das Nötigste zu bekommen. Herr Bock, letzte Instanz beim Flüchtlingskommissar für Bekleidungswesen, erklärte mir, daß er nichts geben könne, da die Bestände nur für die im Lager Artillerie-Kaserne untergebrachten Flüchtlinge bestimmt seien und ich mir eben selber helfen müsse.

Die IRO sucht Vermißte

Ganz Rosa, geb. Lebovic, rumänische Jüdin, 46 J., aus Rostoliza, Rumänien; Garreau Pierre, Franzose, 23 J.; Le Garrec Jean, Franzose, 43 J.; Garron Maurice, Franzose, 54 J., aus Ludwigslust; Gastaldy Robert, Franzose, 40 J.; Gaudry Louis, Franzose, 26 J., aus KZ Mauthausen; Gaubert Marius, Franzose, 26 J., aus KZ Dachau; Gaston Josef, Franzose, 40 J.

Babiarz, Franciszek, geb. 9. 4. 1925; Babiarz, Jan, geb. 15. 6. 1923, aus Österreich; Babiarz, Michal, 25 J.; Babiarz, Stanislaw, Pole, aus Osmarsleben; Baczkowski, Franciszek, Pole, 62 J., aus Cummandorf; Baczkowski, Kazimierz, Pole, geb. 1924, aus Parchim/Mechlenburg; Banaszkiewicz, Janina, Polin, geb. 1910, aus Chestochowa in Poland; Barth, Peter, geb. 6. 1. 1936, aus Kinderheim in Frankfurt/M; Bartsch, Adam, Pole, geb. 5. 12. 1916, aus Krakow; Baryla, Stanislaw, Pole, geb. 1911.

Kriegsgefangene in Polen

Jansen Augustin 30. 7. 1927. Kampfe Georg 16. 7. 1918. Kampfe Otto 11. 11. 1912. Kampfer Heinz 20. 6. 1928. Langenbacher Willi 26. 11. 1920. Langenbahn Albert 26. 1. 1908. Langenberg Karl 28. 3. 1920. Langeneiker Alfred 24. 4. 1926. Manecke Wilhelm 2. 3. 1897. Manek Mak 7. 8. 1918 Mang Johann 17. 2. 1910. Magnels Josef 18. 8. 1911. Neugebauer Rudolf 1. 6. 1927. Neugebauer Walter 29. 11. 1923. Neugebauer Wilhelm 1. 9. 1902. Neuhardt Willi 2. 7. 1908. Opitz Wolfgang 13. 7. 1928. Oppel Kurt 23. 2. 1927. Oppel Kurt 6. 2. 1913. Oppelt Georg 16. 5. 1927. Paulsteiner Ludwig 10. 2. 1915. Paulus Albert 17. 9. 1913. Paulus Günter 15. 3. 1926. Paulus Helmut 9. 4. 1926. Rebentisch Hans 10. 6. 1914. Rebentisch Maximilian 2. 9. 1903. Rebentisch Walter 31. 12. 1901. Rebholz Hermann 11. 2. 1915. Seedorf Herbert 29. 3. 1920. Seedorf Manfred 27. 1. 1926. Seefeld Horst 24. 12. 1925. Seefeld Gerhard 4. 12. 1914. Seefeld Wilhelm 2. 2. 1906. Scharpe Kurt 6. 7. 1915. Scharer Werner 26. 7. 1897. Scharschmidt Paul 16. 6. 1908. Scharten Erich 27. 11. 1912. Schartow Walter 1. 7. 1927. Steike Kurt 1. 4. 1912. Steike Kurt 7. 6. 1912. Steinel Josef 21. 5. 1927. Steimle Konstantin 20. 2. 1909. Stein August 19. 1. 1915. Theisen Andreas 3. 3. 1903 Theisen Josef 16. 1. 1901. Theisen Josef 27. 2. 1908. Theisenge Willi 27. 5. 1910. Theiß Ernst 14. 11. 1920. Vogt Ewald 5. 5. 1907. Vogt Franz 29. 1. 1922. Vogt Fritz 26. 11. 1898. Vogt Gerhard 12. 9. 1917. Waller Andreas 3. 12. 1928. Wallesch Heinz 12. 8. 1924. Wallinger Alois 7. 4. 1900. Wallmeier Bernhard 8. 5. 1904. Wallmeyer Josef 6. 10. 1916. Zerpel Heinz 26. 5. 1926. Zert Georg 31. 3. 1909. Zerwas Willi 2. 11. 1905. Zerwatzki Dietrich 4. 6. 1927. Zeske Fritz 29. 8. 1

Gut abgelaufen

Ein holländischer Lastzug, der Stammholz geladen hatte, stieß Ecke Blücher- und Marumstraße mit dem Schuttexpreß zusammen. Die Lokomotive wurde umgeworfen, und der Lastzug erlitt erhebliche Schäden. Glücklicherweise wurden keine Personen verletzt. Zwei Spezialhebekranen der Militärregierung stellten die Lokomotive wieder auf die Schienen. Der Lastwagen hatte das Winken des AAK-Mannes nicht beachtet. Zur Vermeidung weiterer Unfälle scheint die Verwendung von Polizisten an verkehrsreichen Stellen geboten.

Keine Fischeinfuhrsperre

Meldungen über die Verhängung einer Fischeinfuhrsperre für die US-Zone bezeichnete am Donnerstag Ministerialdirektor Hans Podeyen, der Leiter der Abteilung „Erfassung und Verteilung" der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als unzutreffend. Es seien lediglich wegen augenblicklicher Schwierigkeiten in der Fischversorgung, die voraussichtlich in etwa 14 Tagen beseitigt sein würden, zunächst die norddeutschen Länder beliefert worden, um hier einen Ausgleich gegenüber den Fleischsonderaufrufen der süddeutschen Länder zu schaffen.

Kinder kehren aus der Schweiz zurück

Am frühen Morgen des Donnerstag trafen etwa 320 Karlsruher Kinder von ihrem vierteljährlichen Schweizer Erholungsaufenthalt wieder in Karlsruhe ein. Mit runden Backen, teilweise neu eingekleidet, kehrten sie freudestrahlend zurück. Die Rekordzunahme verzeichnete ein Junge, der während der 3½ Monate 20 Pfund zugenommen hatte und von seiner Mutter nicht erkannt wurde. Bevor sie in die deutschen Hände zurückgegeben wurden, bekamen sie noch ein Frühstück. Aus dem hell erleuchteten Schweizer-Zug kamen dann die Kinder, jedes mit einem großen Paket. Mit Sonderwagen der Straßenbahn wurden sie in das Konzerthaus gebracht, wo sie nach einer weiteren Speisung den beglückten Eltern übergeben wurden. Sie erzählten mit leuchtenden Augen von Schokolade und anderen Dingen, die sie nicht kannten und von der liebevollen Aufnahme bei den Schweizer Familien. Ihnen, wie dem Roten Kreuz gebührt Dank und Anerkennung für diese großherzige Gastfreundschaft und für die Sympathien, die sie unseren Kleinen geschenkt haben.

Richtfest im Kinder-Krankenhaus

Am Wochenende fand das Richtfest des Nordflügels vom Städtischen Kinder-Krankenhaus statt, in Anwesenheit von Bürgermeister Riedinger als Vertreter der Stadtverwaltung, Stadtrat Kühn, Obermedizinalrat Dr. Schön als Chef der städtischen Krankenanstalten, Vertreter der Ärzteschaft und des Hoch- und Aufbauamts, sowie der Betriebsführer der mit dem Bau beschäftigten Arbeiter. Der Chefarzt des Kinder-Krankenhauses sprach allen Beteiligten seinen Dank aus. Die schlichte Feier wurde durch Musik- und Liedvorträge umrahmt.

100-Jahrfeier der Fulderei

Das „Fuldische Reich", oder auch die „Fulderei" genannt, ist eine 1847 entstandene Tochtervereinigung des Karlsruher Liederkranzes und dient ausschließlich der Pflege des Humors, der Kameradschaft und dem fröhlichen Beisammensein. In den ersten Jahren seines Bestehens tagte der Verein in einem Stall, den fahrende Schausteller zum Unterstellen ihrer Tiere benutzten. Einst soll dort auch ein Zirkusdirektor aus Fulda seinen Elefanten eingestellt haben, und dem zufolge trägt das Fuldische Reich Namen und Wappen.

In Anwesenheit von Oberbürgermeister Töpper, Bürgermeister Riedinger hatten sich am Samstag in der Bavaria die alten und jungen Fulder im Jubiläums-Stall zusammengefunden. Nach dem Aufmarsch der „Drei" wickelte sich ein flottes Programm ab. Musikalische Darbietungen, Gesänge, heitere Vorträge und Hörspiele überboten sich gegenseitig in bunter Folge.

Im Anschluß an diesen so freudig verlaufenen Fest-Stall fand am Montag ein Fulder-Sängerabend statt. Zur Erheiterung der Kleinen wird noch Mittwoch, 24. Sept. 1947, ebenfalls in der Bavaria, ein froher Kindernachmittag mit „Kasperle bei den Fuldern" und am Donnerstag, 26. Sept. 1947, in der Festhalle Durlach ein froher bunter Abend mit Tanz veranstaltet. -ll.-

KURZE STADTNOTIZEN

Ausstellung. Das Stadtplanungsamt veranstaltet vom 30. 9. bis 26. 10. in den Räumen des Bad. Kunstvereins, Waldstraße 3, eine Ausstellung: Planung, Wiederaufbau Karlsruhe. In dieser Ausstellung werden in drei Abteilungen 1. Allgemeine Pläne und Bauvorschriften, 2. Wiederaufbaupläne für das Stadtzentrum, insbesondere die Kaiserstraße, und 3. Städtebauliche Studien gezeigt. Durch die Ausstellung sollen Anregungen für einen im Anschluß daran beabsichtigten Wettbewerb über Teilprobleme des Wiederaufbaus der Innenstadt vermittelt werden. Die Ausstellung ist geöffnet an Wochen- und Sonntagen von 9 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Karlsruher Kunstgemeinde. Die Kath. und Evang. Arbeitsgemeinschaft haben die „Karlsruher Kunstgemeinde" gegründet, die ihren Mitgliedern wertvolle künstlerische Erlebnisse vermitteln wird. Durch das Entgegenkommen des Bad. Staatstheaters sind den Mitgliedern sechs Vorstellungen (zwei Opern, eine Operette, drei Schauspiele) gesichert. 4 weitere Veranstaltungen (Kammerspiel, Kammermusikabend, Chorkonzert usw.) kommen hinzu. Anmeldungen und Auskünfte siehe Plakatanschläge der kommenden Woche.

Licht im Dunkel des Herrn Ruckdeschel. Das einzig Bewundernwerte beim Experimentalvortrag Bernhard Ruckdeschels war die beispiellose Frechheit, mit der der Vortragende durch seinen aufgelegten Schwindel das Publikum um seine Eintrittsgelder betrogen hat. Es ist in diesem Falle Sache der maßgebenden Stellen, diesem Herrn die Lizenz zu entziehen, und ihm eine nützlichere Tätigkeit anzuempfehlen. Ng.

Vortragsabend des Freiwirtschaftsbundes. Am Montag sprach Dr. Winkler-München über die notwendige Währungsbereinigung. Grundbedingung für den Wiederaufbau sei die Währungsreform, eine der Grundforderungen des Freiwirtschaftsbundes. Mit einem Hinweis auf den Geldumlauf des Jahres 1933, in dem sich 6 Milliarden Mark gegenüber 60 Milliarden Mark im Jahre 1945 im Umlauf befanden, forderte Winkler unbedingte Einschränkung der Bargeldmengen. Hinsichtlich der neuen Währung stellte er fest, daß ein Umtausch von 10 zu 1 bis 10 000 Mark der Gedanke des Freiwirtschaftsbundes sei, während Beträge über dieser Höhe erst einer Überprüfung unterzogen werden sollten. Nur so sei es möglich, einen reellen und gerechten Ausgleich auf dem Währungssektor zu finden. O. K.

Die Parkwache Karlsruhe hat nun auch am Bahnhof eine ständige Wache eingeführt, die seit langem vom Publikum gewünscht wurde.

Goldene Hochzeiten. Die Eheleute Leopold Bohner, Karlsruhe-Bulach, Litzenhardtstraße 67, konnten am 21. September das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. — Am 25. September feierten die Eheleute Wilhelm Ratzel, Karlsruhe-Rüppurr, Diakonissenstraße 8, und die Eheleute Bernhard Hodapp, Karlsruhe, Rüppurrerstr. 49, das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Landesprädsident und Oberbürgermeister ließen den Jubelpaaren die herzlichsten Glückwünsche nebst Ehrengaben übermitteln.

Versammlungskalender der Parteien

Arbeitstagung des Landkreises der SPD. Am Sonntag, 28. September, vormittags 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Alten Residenz", Durlach, Zunftstraße 6, eine Arbeitstagung des Landkreises Karlsruhe statt.

SPD. Jungsozialisten: 29. Sept., 20 Uhr, im „Weißen Berg": Beginn der Schulungsabende. — Versammlung der Betriebsfunktionäre am 30. Sept., 16 Uhr, im „Salmen".

CDU: 27. 9., 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Weiherhof", Weiherfeld. 28. 9., 20 Uhr, Mitgliederversammlung in Durlach zur „Traube", Stadtrat Dr. Siegfried Kühn. 29. 9., 20 Uhr, Mitgliederversammlung Karlsruhe-Süd, „Nowack", Reg.-Dir. A. Kühn. 30. 9., 20 Uhr, Mitgliederversammlung Grünwinkel-Albsiedlung im „Römerhof", Reg.-Dir. Adolf Kühn. 3. 10., 20 Uhr, Gasthaus „z. Stadt Karlsruhe" Öffentliche Versammlung Ortsgruppe Mühlburg, Kreisschulrat F. Sprauer.

KPD: Polleitersitzung der Ortsgruppen 29. 9., 18.00 Uhr Parteibüro. Bulach: 1. 10., 20 Uhr Schulungsabend „Krone". Rüppurr: 1. 10., 20 Uhr Mitgliederversammlung „Kaiser Friedrich". Knielingen: 1. 10., 21 Uhr Mitgliederversammlung „Grüner Baum". Städt. Angestellte: 2. 10., 18 Uhr, Mitgliederversammlung „Laterne". West: 2. 10., 20 Uhr, Mitgliederversammlung „Grafs Weinstube". Daxlanden: 2. 10., 20 Uhr, Schulungsabend „Sonne". Südwest: 3. 10., 20 Uhr, Schulungsabend „Karlshof". Mühlburg: 3. 10., 20 Uhr, Mitgliederversammlung „Krone".

Panik der Satten / Saturn bedroht das Eingemachte

Nun schleichen sie wieder umher, die vermummten Propheten, und künden das kommende Weltgericht. Saturn tritt in das Zeichen des einäugigen Löwen, an Weihnachten werden die Aprikosen blühen, darauf wird es Wasser und Blut regnen, und alles wird zu rotem Eis erstarren. Wer dieses überlebt, den wird die Pest fressen, und in der zweiten großen Dürre, die dann anhebt, wird die Erde in Feuer aufgehen. Schon mehren sich die Zeichen. Am Turmberg wurde ein Kalb mit zwei Köpfen geboren. Der Wein wird schwarz in den Fässern, und am nächtlichen Himmel sind glühende Menetekel gesichtet worden.

Was ist das für ein Veitstanz, der hier die weißen Knochenbeine hebt? Was sind das für Kapuzenmänner, die da mit glasigen Augen umhergehen, und die oratio contra pestem murmeln? Grollen und rollen irgendwo Vulkane?

Es grollt und rollt das Geschwätz. Sonst nichts.

Wir haben eine Mißernte gehabt, unsere Finanzen sind trostlos zerrüttet, und wir stehen vor einem schweren Winter. Hierum handelt es sich, und dem gilt es zu begegnen. Der Hundertjährige Kalender aber bringt uns keine einzige Kartoffel ein, und mit dem Traumbuch bannen wir nicht die Tuberkulose. Wir sollten in die Hände spucken, statt unser Ohr jedem schwarzen Hamster zu leihen, der seinen dicken Kopf aus dem Loch streckt und Gramdüsteres prophezeit. Wir sollten helfen, statt zu schwätzen.

Und wen hat sie zuerst ergriffen, die große Panik, die Schlotterangst, sie könnten das Licht des kommenden Lenzes nicht mehr erblicken, weil sie der böse Hunger dann längst dahingerafft? Die Satten! Es ist nie anders gewesen in Notzeiten. Schüttet man einer Masse Menschen das Futter hin: die am wütesten nach vorne drängen, die am wildesten den Ellbogen gebrauchen, die als erste den Kopf im Trog haben, es sind immer die, die heimlich den dicksten Kumpen Brot noch als Vorrat im Sack tragen! Und es ist heute nicht anders. Da rennen sie und scharren und schachern und raffen, jagen landauf, landab, reisen die Tage, die Nächte, laufen wie die Salzmänner, sehen nicht links, nicht rechts, sacken ein und ein, kratzen die letzten Reste aus der Gosse und pressen das kleinste Tröpfchen in ihre rostige Bettelkanne, das Haar hängt ihnen verklebt in der Stirn, ihre Augen sind stier nach vorne gerichtet, und im Nacken hockt ihnen die schlotternde Angst: Diesen Winter werden wir nicht überleben, es sei denn, wir sammeln, sammeln, sammeln!

Noch sitzen die Anderen, die Behäbigen, am Fenster und schauen gelassen in die Zeit. Aber es steckt an, das Gerenne. So viel nacktes Entsetzen, so viel Gehetzheit auf den Gesichtern dieser Nahrungssucher muß seinen Grund haben! Und so schließen sie sich an, reißen den Schnappsack vom Haken und rennen mit. Und zuletzt rennt alles, die Satten, die Hungrigen, die Dicken, die Dünnen, die Gierigen, die Sanften, die Aufgeklärten und die Abergläubigen.

Es ist der vollendete Wahnsinn.

Auf die aber, die nicht zu rennen brauchen, weil sie den Mehlsack im eigenen Hause haben, hat der apokalyptische Zug die allerschlimmste Wirkung. Jene jagen nach dem, was sie, die Auserwählten, besitzen, und wenn es von der Seite jener Ärmsten mit solcher Panik geschieht, wie groß muß die Katastrophe sein, die auch ihnen, den Besitzenden, droht, trennten sie sich auch nur von einem einzigen Stäubchen des so heiß Begehrten. Des einen Angst nährt des anderen Geiz, und je inständiger jene flehen, umso mehr verhärten sich diese.

Wo nichts mehr Sinn hat, blüht nur noch der Unsinn, und wo der helle Schein des klaren Menschenverstandes erlöscht, geht das trübe Irrlicht des Hokuspokus auf. Sterndeuter, Kartenschläger und Scharlatane nähren sich aus den Einmachgläsern der Satten, denen die schlimme Aszendenz von Saturn und Löwe die gleichen Angstschauer einjagt wie den Hungrigen das Gerücht über die bedrohliche Senkung der Meeresspiegel.

Was ihnen allen fehlt, ist Würde. Gelassenheit und Würde. Drum laßt uns dies beschließen: je panikartiger alles zu den Trögen stürzt, umso gelassener wollen wir zur Seite stehen, und je trüber ihnen die Augen vor Angst werden, umso klarer wollen wir selbst uns den Blick bewahren. Sgl.

Gewichtsunterschiede bei Backwaren

Immer wieder erhalten wir Zuschriften unserer Leser, in denen Beschwerde geführt wird über zu geringes Gewicht der Brote und Brötchen. Bevor wir diesen Klagen Raum in der Zeitung geben, haben wir uns selbst durch Stichproben bei mehreren Bäckereien vergewissert und mußten leider feststellen, daß die Beschwerden unserer Leser vor allem bei Kleingebäck zu Recht erhoben werden.

Zunächst einige Feststellungen betr. zulässige Gewichtsabweichung bei Backwaren. Bei frischem Brot darf diese höchstens 4 Prozent betragen. Bei ausgetrocknetem Brot weitere 2,5 Prozent. Ein 1000 g-Laib (frisch) darf nicht weniger als 960 g, trocken nicht weniger als 935 g wiegen. Bei frischen Brötchen ist eine Gewichtsabweichung von maximal 6 Prozent zulässig (frisch gelten Brötchen bis zu acht Stunden nach Verlassen des Backofens). Bei 30 Gebäckstücken darf die Gewichtsabweichung nicht höher als 5 Prozent sein. Ein 100 g-Brötchen darf demnach nicht weniger als 94 g wiegen, und 30 Brötchen müssen zusammen mindestens 2850 g haben.

Demgegenüber haben wir bei unseren Stichproben festgestellt, daß z. B. beim Einkauf von 10 Brezeln 220 g an 1000 g fehlten, in einem anderen Fall lag beim Einkauf von 10 Wecken das Gewicht der einzelnen Wecke zwischen 75 und 85 g, ein einziger Weck hatte 90 g. Bei Brot entsprach das Gewicht fast durchweg der Vorschrift, aber nur in einem einzigen Fall haben wir das volle Gewicht von 1000 g festgestellt.

Unsere hungrigen Normalverbraucher, die sich über die augenblickliche Brotzuteilung von 10 000 g pro Kartenperiode freuen, erhalten in Wirklichkeit meist weniger als 9000 g, besonders wenn sie mehr Brötchen als Brotlaibe kaufen.

Im Religionsunterricht wurde uns gelehrt, daß die Verwendung von falschem Maß und Gewicht eine himmelschreiende Sünde sei. Wir haben in den letzten Jahren so viel Himmelschreiendes erlebt, daß es endlich an der Zeit wäre, sich wieder auf die gute alte Lebensregel zu besinnen: Üb' immer Treu und Redlichkeit!

Wir haben uns an zuständiger Stelle erkundigt, wie man der Gewichtsverbesserung bei Kleingebäck zu Gunsten der Normalverbraucher nachhelfen könnte. Man erklärte uns kurz und bündig: Sich mit den Bäckern herumzustreiten, habe keinen Wert, man bringe die Brote und Brötchen, bei denen das Gewicht nicht nach Vorschrift ist, einfach zur Gewerbepolizei. Diese werde dann das Übrige besorgen! Wir aber machen den Vorschlag: Der Bäcker muß wie jeder andere Kaufmann verpflichtet werden, Brot und Brötchen vor den Augen des Kunden abzuwiegen und das am Gewicht etwa Fehlende dazutun! So ist jedem geholfen. Der Normalverbraucher erhält, was ihm zusteht, und der Bäcker behält sein gutes Gewissen. Nichts einfacher als das! L. A.

Gebt freudigen Herzens!

„Des Volkes Not ist unsere Sorge,
Die Not zu lindern unsere Pflicht."

Unter diesem Leitwort arbeitete seit Sommer 1945 der Württembergisch-Badische Wohlfahrtsbund. Inzwischen kehrte die Organisation zu ihrem alten — schon international gewordenen — Namen „Arbeiterwohlfahrt" zurück, aber die ideellen Grundlagen sind die gleichen geblieben: sich um Menschen jeglichen Alters und aller Schichten anzunehmen, soferen sie hilfsbedürftig sind — ohne die Hilfe von politischer oder konfessioneller Einstellung abhängig zu machen.

Die Wohlfahrtsaufgaben der Organisation sind so vielfältig, daß sie erst z. T. in die Praxis umgesetzt werden konnten, zumal manche nur im Landesmaßstab zu lösen sind. In diesem Zusammenhange sei auf die 2. Landessammlung der „Arbeiterwohlfahrt" vom 27. bis 29. September hingewiesen, mit der Bitte, freudigen Herzens ein Scherflein zur Linderung der Not beizutragen.

Erster Staatsbesuch in Karlsruhe

Die württembergisch-badische Regierung überzeugte sich von den Nöten der ehemaligen badischen Landeshauptstadt

Der vergangene Donnerstag (25. September), brachte für Karlsruhe ein besonderes Ereignis. Der Ministerpräsident der württ.-badischen Regierung kam mit seinen Ministern zu einem Besuch, um sich von den Sorgen und Nöten der Stadt zu überzeugen, Wünsche und Anregungen entgegenzunehmen, zur Förderung der Zusammenarbeit und Zusammengehörigkeit sowie der gerechten Verteilung der Güter beizutragen.

Im Rathaus wurden die Gäste mit dem Stadtrat bekannt gemacht und schrieben sich in das „Goldene Buch" der Stadt Karlsruhe ein. Anschließend trug im Sitzungssaal der Postdirektion, Oberbürgermeister Friedrich Töpper, vor Vertretern der Verwaltung, der Wirtschaft, des kulturellen und öffentlichen Lebens in einer wohlgesetzten Rede die Sorgen und Wünsche der Stadt vor. Er hoffe, so führte der Oberbürgermeister u. a. aus, daß Karlsruhe nicht ein Kondolenzbesuch abgestattet würde, sondern ein Besuch aus innerer Verpflichtung gegenüber einer Stadt, die durch den Krieg schwer betroffen sei. Nach einer kurzen Schilderung der Entwicklung der Stadt betonte der Oberbürgermeister, daß die Zusammenfügung von Nordwürttemberg und Nordbaden eine Tatsache wäre, deren Notwendigkeit eingesehen würde. Er bejahe das, was geworden sei und hoffe, daß auch im neuen Staate in nicht zu ferner Zeit die von uns getrennten Brüder sich zusammenfinden würden. Württemberg träfe die Abtrennung ebenso hart wie Baden. In Baden, besonders in Karlsruhe, würden mancherlei Entscheidungen im staatlichen Leben sich hemmend für unsere ehrliche Einordnung in den neuen Staat auswirken. Er glaube jedoch fest an die guten Absichten der Männer, die die Verantwortung für die Staatsführung trügen. Daß die Minister zu uns gekommen seien, um sich selbst zu überzeugen und unsere Wünsche anzuhören, möge zu einem besseren Zusammenfinden beitragen. Die allgemeine Not sei riesengroß geworden, und nicht weniger als das Leben und Sterben von Millionen stehe auf dem Spiel. Wir alle würden an dieser allgemeinen Not mittragen und seien entschlossen, die heimatlichen Nöte den großen Erfordernissen der Zeit unterzuordnen. Es sei bekannt, daß alle Möglichkeiten zur Hilfeleistung ausgeschöpft wurden, die in der Hand einer Landesregierung lägen. Ohne großzügige Hilfe der Militärregierung könne jedoch nichts Entscheidendes erreicht werden.

Unsere engere Heimat bewege u. a. der Wunsch, daß auf dem Gebiete der Ernährung in Württemberg-Baden nach einheitlichen Regeln gehandelt werde. Mancherlei Unterschiede würden zum Nachteil unserer einheimischen Bevölkerung bestehen. Baden sei in der Kartoffelversorgung im Rückstand, worüber in der letzten Ausgabe der „BNN" schon berichtet wurde. Die Versorgung mit Milch könne in den badischen Großstädten nur bis 50 Prozent erfüllt werden, während sie in Württemberg fast 100 Prozent erreichen soll. Ebenso sei es mit der Obstbelieferung. Württemberg habe ferner in einer Zuteilungsperiode in Kindernährmitteln 20 Prozent Zucker beigemischt, während Baden nur 15 Prozent geben durfte. Die Zuckerversorgung für die 106. Zuteilungsperiode sei noch ungenügend. Ähnliche Wünsche bestünden zur Getreideversorgung, Käsebelieferung und auch in der Fleischversorgung.

Die Verteilung von Bedarfsgütern ließe ebenfalls zu wünschen übrig. Von einer monatlichen Mindestproduktion von 50 000 Weinflaschen hätte Baden nur monatlich 5—10 000 Stück erhalten. Der Bedarf für die Mühlenindustrie würde im Verhältnis von 65 zu 35 aufgeteilt, obwohl das Verhältnis der Vermahlungskontingente 50 zu 50 sei. Die Arbeitskapazität der badischen Gemüseindustrie betrüge 60 für Baden und 40 für Württemberg, und der Schlüssel für Feinblechverteilung 75 für Württemberg und 25 für Baden. Bei Verteilung von technischen Textilien sei Baden wiederholt leer ausgegangen.

In wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht habe Karlsruhe seine Stellung geschichtlich gewonnen, als politische und Verwaltungszentrale, als Verkehrsknotenpunkt der Eisenbahn und Straßen und der Rheinschiffahrt. Außerdem sei die Stadt Sitz bedeutender Unternehmen des Handels und der Industrie, besitze die älteste Technische Hochschule Deutschlands und ein Staatstechnikum und habe auf kulturellem Gebiet im Staatstheater, der Hochschule der bildenden Künste und Musikhochschule führende Institute. Die Verlegung des Regierungssitzes nach Stuttgart habe Karlsruhe unbestreitbar geschadet. Es sei allerdings ein Ausgleich in Aussicht gestellt worden, dessen Verwirklichung noch auf sich warten lasse. Nach Karlsruhe sei bis jetzt nur der Rechnungshof verlegt worden. Neben den besonderen Verkehrsnöten der Stadt trat der Oberbürgermeister für eine Förderung des Rheinhafens ein, dessen Anlagen einen weit größeren Umschlag an Kohlen oder anderen Massengütern ermöglichen. Württemberg-Baden habe in der Stadt Karlsruhe eine sorgenbeschwerte, aber schaffensfreudige Bevölkerung, die voll Vertrauen zu ihrer Regierung aufblicke, aber auch von dort Hilfe und Unterstützung erwarte.

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier dankte dem Oberbürgermeister für seine Ausführungen und betonte, daß der Sinn einer demokratischen Regierung sei, eine gesunde Kritik entgegenzunehmen. Er glaube, daß auch in Nordbaden die Ansicht vertreten würde, alle Nöte der Länder gemeinsam zu überwinden. Nachdem Preußen zerschlagen sei, dürfe kein anderer Staat nach einer Vormachtstellung streben. Zu den von Oberbürgermeister Töpper vorgetragenen Wünschen wolle er nicht Stellung nehmen, da es sich größtenteils um Landwirtschafts- u. Industrieerzeugnisse handle, was Sache der Fachminister sei.

Landwirtschaftsminister Stooß bat, mit der Beantwortung der angeschnittenen Fragen bis kommenden Mittwoch zu warten, wo er in der Landtagssitzung eine entsprechende Erklärung abgeben wolle.

Anschließend sprach Wirtschaftsminister Dr. Veit, der frühere Oberbürgermeister der Stadt, deren Sorgen und Wünsche nicht geringer geworden sind, und deren Beschwerden, wie er selbst feststellte, seinen Konzepten aus früheren Tagen ähneln. Er betonte, daß die Zuteilungen nach Recht und Gerechtigkeit vorgenommen würden. Das Schicksal Badens sei besonders schwer und er würde die Aufnahme von Industriebetrieben unterstützen. Daß Behörden nach Karlsruhe kämen würde keine Förderung bedeuten. Aber dies sei nicht allein Sache der Regierung, es müßten dabei Stadtverwaltung und Bürger mithelfen. Die Vorwürfe werde er nachprüfen lassen und dem Oberbürgermeister schriftlich das Ergebnis mitteilen.

Zu kulturellen Fragen erklärte Kultusminister Bäuerle, daß die Belange in eigener Zuständigkeit bisher geregelt worden seien. Es habe sich gezeigt, daß zwischen den Hochschulen in Karlsruhe und Stuttgart Beziehungen notwendig seien. Kommissionen wären bereits gebildet und zusammengetreten, die eine Denkschrift ausarbeiten. Württemberg habe keine Universität, während Baden immerhin Heidelberg besäße. Über allen Parteien stände die geistige und sittliche Erneuerung, ohne die die Voraussetzung für einen gesunden Staat fehle.

Oberbürgermeister Töpper dankte den Ministern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch zur Verständigung und zur Erfüllung berechtigter Wünsche beigetragen habe. Eine Stadt- und Hafenrundfahrt gaben der Regierung Gelegenheit, einen Einblick in die Verkehrs- und Industrieanlagen und Aufräumungsarbeiten zu tun. Den Abschluß bildete eine Aufführung der Oper „Fidelio", mit anschließender zwangloser Aussprache. P. S.

Oberbürgermeister Töpper im Gespräch mit Landtagspräsident Keil, Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. H. Köhler.

Das große Hilfswerk beginnt!

Die Karlsruher Notgemeinschaft ruft die gesamte Bevölkerung auf, ihre bewährte Opferwilligkeit im bevorstehenden Winter für unsere notleidenden Mitbürger zur Tat werden zu lassen.

Auch der kommende, schwere Winter muß überstanden werden. Wir sehen ihm mit Sorge entgegen.

Die Mitarbeit aller Männer und Frauen ist das Gebot der Stunde! Wir dürfen in unserer Hilfsbereitschaft nicht erlahmen! Deshalb:

Helft unserem leidenden und darbenden Volk! Helft und gebt, was in Euren Kräften steht!

Die Mittel für die Bekämpfung der Not müssen bereitgestellt werden. Wir dürfen uns dieser gewaltigen Aufgabe nicht entziehen. Wir müssen auf die so oft bewährte Hilfsbereitschaft unserer Karlsruher bauen.

Gebt Geld- und Sach-Spenden! Jede Gabe ist willkommen! Ihr gebt nicht mehr für sinnlose Zerstörung, sondern für die Wohlfahrt und Gesundheit unserer Mitmenschen. Die Not ist riesengroß! Sorge und Entbehrung überall. Die Wohlfahrtsverbände unserer Stadt sind bereit, wie immer, ihre ganze Kraft in den Dienst des großen Hilfswerkes zu stellen. Nur menschliches Verständnis und Liebe zum Nächsten sind Wegweiser Ihres Handelns!

Karlsruher! Mag der kommende Winter bringen, was er will, eines ist gewiß: Die bisher glänzend bewährte Hilfsbereitschaft unserer Einwohner wird sich aufs Neue bewähren. Gebt freudig im Interesse des großen Hilfswerkes!

Sachspenden nehmen die Bezirksstellen, die Sammler und unsere Geschäftsstelle, Steinstraße 20, Zimmer 17 entgegen. Jede Abgabe erfolgt gegen Quittung.

Geldspenden sind auf das Konto der Karlsruher Notgemeinschaft bei der Städt. Sparkasse, Konto-Nr. 5800 einzuzahlen oder auf Postscheckkonto Nr. 52040 Karlsruhe.

Karlsruhe, den 1. Oktober 1947.

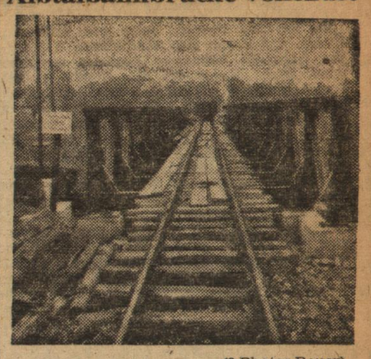
Der Oberbürgermeister:
Töpper

Caritasverband, Innere Mission, Israel, Wohlfahrtsbund, Arbeiterwohlfahrt, Rotes Kreuz, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Kreishandwerkerschaft.

Abgabe von Lebensmittelmarken in Lokalen

Die immer noch bestehende unterschiedliche Abgabe von Fettmarken für die in Gaststätten verabreichten Speisen veranlaßte die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erneut auf die noch gültige Anordnung über die Abgabe von Gaststättenmarken hinzuweisen. Demnach ist bei gekochtem Fleisch keine Fettmarke abzufordern. Bei 50 g oder 100 g gebratenem Fleisch ist die Forderung von 5 g Fett zulässig, für Pfannengericht können bei 50 g Fleisch 5 g und bei 100 g Fleisch 10 g Fett verlangt werden. Für gebratenen Fisch ist die Forderung von 10 g Fett zulässig. Bei einem ganzen gebratenen Fisch, z. B. Seezungen und Rotzungen, dürfen 15 g Fett und für Bratheringe 5 g Fett verlangt werden. Bei einem Angebot von zwei Fischgerichten muß mindestens ein Fischgericht ohne Fettmarken abgegeben werden. Für Gemüsegerichte können 5 g Fett verlangt werden. Die Forderung von Brot- und Nährmittelmarken ist dabei unzulässig. Jede Gaststätte soll ein fett- und fleischmarkenfreies Hauptgericht anbieten. Als markenfreies Hauptgericht gilt auch der Suppentopf, wofür jedoch gegebenenfalls andere Marken, wie Kartoffelmarken, verlangt werden dürfen. Bei Kartoffelgerichten, wie Röst-, Brat- und Schwenkkartoffeln sowie Kartoffelplätzchen, können für eine halbe Tagesration 5 g Fett gefordert werden. Die Höchstforderung an Fettmarken beträgt für ein vollständiges Gericht 15 g. Für belegte Brote dürfen in jedem Fall nur 5 g Fett in Marken verlangt werden. Für Backwaren einschließlich Torten dürfen je Stück nicht mehr als insgesamt 10 g Fett oder 10 g Zucker gefordert werden.

Albtalbahnbrücke vollendet



(3 Photos Bauer)

Die Brücke der Albtalbahn über den Rangierbahnhof ist in dieser Woche fertiggestellt worden. Es werden jetzt die Gleisbauarbeiten und die Verlegung der Fahrleitung ausgeführt. Dann wird nach noch zu erfolgender Belastungsprobe der Brücke der Schottertransport zur Wiederherstellung des infolge Kriegseinwirkung teilweise verloren gegangenen Schotterbettes zwischen Brücke und Albtalbahnhof laufen. Gleichzeitig werden die Arbeiten zur Fertigstellung des Albtalbahnhofs weiter betrieben, nachdem erhebliche Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Material und Arbeitskräften zu überwinden waren.

Die Wiederinbetriebnahme der Strecke über die Brücke bis zum Karlsruher Albtalbahnhof soll nach Ausführung der erforderlichen Restarbeiten im Laufe des Monats Oktober erfolgen.

Ab 1. 10. Omnibusverkehr nach Weiherfeld und Rheinstrandsiedlung

Der Omnibusverkehr nach dem Weiherfeld und der Rheinstrandsiedlung nebst Gemeinschaftsverkehr mit der Straßenbahn wird ab 1. Oktober ds. Js. aufgenommen. Haltestellen nach dem Weiherfeld sind: Hauptbahnhof, Enzstraße, Beichenstraße, Neckarstraße, Dreisamstraße und umgekehrt. Rheinstrandsiedlung: Kühler Krug, „Lamm" (Bedarfshaltestelle), Brauerei Sinner, Gartenstadt, Durmersheimer Landstraße (Heidenstückersiedlung), Rheinstrandsiedlung und umgekehrt. Die Betriebszeiten sind für das Weiherfeld von 6.18 Uhr bis 20.48 Uhr, für die Rheinstrandsiedlung von 6.03 bis 20.33 Uhr. Die Wagen fahren je in 30-Minuten-Abständen und während der Berufsverkehrszeiten verstärkt. An Sonn- und Feiertagen ruht der Verkehr. Die Beförderungsbedingungen und die Anordnungen für das Verhalten der Fahrgäste der Straßenbahn gelten auch für den Omnibusverkehr.

„Blauer Dunst" kurz betrachtet

„Rauchen ist eine Zärtlichkeit nach innen", sagt Gerhard Schäke in „Aus meinem Notizbuch". — Ja, auch ich bin gerne zärtlich — auch nach innen. Leider wird einem so viel „blauer Dunst" vorgemacht, daß die Sehnsucht nach Zärtlichkeit — ich meine natürlich nach innerer! — immer größer wird. Wenn ich nicht eine „Zärtlichkeit verlangende Seele" hätte, brauchte ich, wenn sich die Punkte meiner Raucherkarte in Rauchwaren und diese in Rauch aufgelöst haben, keine Rosenblätter oder ein gelegentlich geschenktes Blatt unfermentierten „Siedlerstolzes" zu rauchen. Manchmal möchte ich gern brutal nach innen sein ...; ein wirklicher Raucher wird mich allerdings verstehen, wenn ich vorziehe, doch zärtlich zu bleiben.

Vom Raucher zum Kippensammler ist nur ein kleiner Schritt. Gott sei Dank liegt zwischen beidem eine Kluft — die menschliche Hemmung und die Angst, als hemmungslos angesehen zu werden. Manche Leute setzen sich darüber hinweg ... (Komisch, daß Schuhbänder öfter die Eigenart haben sich in der Nähe von Kippen zu lösen. Das zwingt den Besitzer der Schuhe natürlich ..., na, Sie wissen schon: man könnte den Schuh verlieren!)

Raucher können auch gewissenlos werden! Sie machen es sich bequem und schicken ihre kleinen, nichtsahnenden Kinder zum Kippensammeln; natürlich werden diese auch unterwiesen, Amerikaner um Zigaretten anzubetteln. Es klingt unglaublich, hat sich aber kürzlich an der Hauptpost zugetragen. Ein kaum vierjähriger Junge stieg, nachdem er einen amerikanischen Soldaten vergeblich um eine Zigarette angebettelt hatte, in den Straßenbahnwagen. Während der Fahrt kroch er eifrig zwischen den Bänken umher und sammelte. Am Mühlburger Tor stieg er wieder aus, um seine Sammeltätigkeit an der Haltestelle aufzunehmen. Und dort sprach ich ihn an ... „Papa hat mich zum Kippensammeln geschickt", erzählt er mir bereitwilligst auf meine Frage. Dann holte er eine alte Blechbüchse hervor und präsentierte mir voller Freude die bisherige Ausbeute seiner Sammeltätigkeit.

Unschuldsvolle Kinderaugen sahen mich an ... — wobei mir etwas über elterliche Erziehungspflichten und Krankheitsverhütung durch den Sinn ging ... M. S.

Sport am Sonntag

Oberliga (Samstag): Kickers Stuttgart — 1860 München, Eintracht Frankfurt — Sportfreunde Stuttgart. — (Sonntag): Bayern München — VfB Mühlburg, Rotweiß Frankfurt — SV Waldhof, Schweinfurt — Kickers Offenbach, 1. FC Nürnberg — VfL Neckarau, Schwaben Augsburg — FSV Frankfurt, Aschaffenburg — Ulm 46, VfB Stuttgart — Wacker München, VfR Mannheim — SpVgg Fürth.

Landesliga (Sa): Dillweißenstein — VfR Pforzheim, Daxlanden — Ettlingen; (So): KFV — ASV Durlach, Knielingen — 08 Mühlacker, 1. FC Pforzhe

Städtebau geistig / Von Carl O. Jatho

Es ist eine ebenso hohe wie mühselige Kunst, die Kunst des Städtebaus, wenn sie als wahrhaft humanes Postulat aufgefaßt wird. Diese Kunst ist ein Appell an alle Bildungsmächte. Es müssen sich Philosophie, Theologie, Soziologie, Technologie und — last not least — archetektonische Fachbildung als konstruktive, sich gegenseitig stützende Elemente in einem Kopfe vereinigen, um gesellschaftlich wertvollen Städtebau hervorzubringen. Wie selten ist doch solch ein Kopf in unserer Gegenwart und jüngeren Vergangenheit!

Wie dankbar darf Köln für den Glücksfall sein in seiner großen Not, daß ihm ein Stadtbaumeister vom Range eines Rudolf Schwarz geworden ist, der mit einem von allseitiger Bildung getragenen Ethos an die so schwierige Arbeit der Wiederaufrichtung Kölns herangeht. Wie schwierig sie ist, das erwies so recht ein wohl zweistündiger Vortrag, den Prof. Dr. Schwarz in den Räumen der Kölner Verkehrsausstellung vor Vertretern der deutschen Presse hielt. Es zeigte sich aber auch, daß kein Einzelner allein, und wäre er noch so begnadet, das Riesenwerk vollbringen könnte, das zu vollbringen mit den Mitteln geläuterter Intelligenz der alten heiligen Stadt am Rhein, der schwerstgetroffenen von allen großen Städten Deutschlands, auferlegt ist. Schon jetzt daher umgibt den spiritus rector und princeps inter pares ein Stab verantwortungsbewußter und bei aller guten Eingestimmtheit selbständig denkender Mitarbeiter. Angesichts des sittlichen Ernstes und der Weite des geistigen Horizontes, die man vor den in Auswahl vorgeführten Plänen des Arbeitsgremiums konstatierte, muß man sich wundern über Stimmen, die jüngst, sei es in der Presse, sei es in Vorträgen, das intensive, doch naturgemäß vorerst mehr theoretische und vorbereitende Schaffen des Kölner Städtebaus glaubten beargwöhnen zu sollen. Die Widerstände, die hier angedeutet werden, entspringen z. T. einer ehrlichen, andersgearteten Auffassung vom kommenden Gesicht und Gliederbau der Stadt, z. T. wohl aber auch Motiven, die nicht sehr rühmlich sind.

Wirklich wie ein Fels steht der Begriff der menschlichen Würde in allen von Schwarz und seinen Mitarbeitern unternommenen Planungen. War Bauen bis vor noch nicht allzu langer Zeit eine Sache merkantiler Spekulation, Sache eines gerissenen und robusten „Tatmenschentums", so ist es heute in Köln - auch andernorts in Deutschland und im übrigen Europa, ja auch in Amerika - auf die sittliche Ebene gehoben. Es ist das gegenwärtige Kölner Planen gewissermaßen das dreidimensionale Spiegelbild sittlich politischer Bestrebungen, die sich vornehmlicher von Tag zu Tag zu Worte melden. So sieht gerade auch der neue Kölner Städtebau die Gefahr der Vermaßung, die mit Scharfsinn und weisen Maßnahmen bekämpft wird. Sein Ziel ist - der Hauptziele eines - die Aufgliederung der großen Stadt in Einzelbezirke, die kulturell wie wirtschaftlich in harmonischer Wechselbeziehung derart sich zu einander verhalten, daß man kaum mehr den bisherigen, dem Odium des Mammuthaften verfallenen Begriff der Großstadt anwenden kann, sondern richtiger von einer Verbindung mehr oder weniger autarker Körper spricht, die sich zu einem Städtebund zusammenschließen mit einer alten Kernstadt als urban dominierender Hauptstadt.

Da es sich bei unseren zerstörten Städten zugleich um chronisch krank gewesene Städte handelt, so kommt es bei ihrer Erneuerung nicht so sehr auf Rekonstruktion eines wie gesagt strukturkrank gewesenen Gebildes an, als vielmehr auf die Herbeiführung eines wirklichen Genesungsprozesses. Schwarz sprach daher von „Gesundungspunkten", die ins Auge gefaßt worden seien, damit von ihnen aus weitere Oasen städtischen Musterbaues im unendlichen Trümmerfeld der Altstadt sowohl wie der Neustadt und der Vororte samenhaft aufkeimen könnten, bis alle diese Oasen nach dem gesellschaftlichen Werdegesetz eines neuen, vom Geist und von der Seele her bestimmten Städtebaus zu einem einzigen klug durchräumlichten Stadtgebilde zusammengewachsen und verflochten seien, unter sorgsamster Einbeziehung der alten lebendigen oder wieder zu verlebendigenden Architektur- und Freiraumwerte der aus dem Ruin geretteten Kölner Substanz. Diese Substanz ist nicht zu verwechseln mit den „Ruinenkulissen" des ewig Gestrigen; sie ist dem echten Europamenschen, der auch jenseits des Atlantik zu finden ist, ein heilender Anblick, und ganz unsentimental erweist sich seine brennende Sorge um ihre wahre Erhaltung durch wahre Einbeziehung in wahre Baukunst der Gegenwart.

Mit gleichem Nachdruck sei betont, daß der städtische Planungssektor „Verkehr" nicht etwa vernachlässigt wird in den Überlegungen von Rudolf Schwarz und seiner Mitarbeiterschar, daß er im Gegenteil sich dadurch, daß ihm in Köln die rechte Stelle, nämlich die dienende Stelle, in der Hierarchie des städtischen Aufbaues angewiesen wird, angemessener Pflege vergewissert sein darf. Wenn der „Verkehr" z. B. angewiesen wird, die ganz besonders der Stille geweihten Wohnbezirke um die alten und auch neuen Sakralwerke und Bildungsstätten in gemessenem Abstand, und in wenigen Bändern zusammengefaßt, zu umfließen, statt sie barbarisch allenthalben zu zerschneiden und lärmend und luftvergiftend zu brutalisieren, so wird er damit zum Rang der kulturbildenden städtischen Funktionen erhoben, und er wird, wenn er den neuen Kölner Ordnungsvorstellungen sich fügt, an Quantität ab-, und an Qualität zunehmen.

Man wird es einer besonderen Betrachtung vorbehalten müssen, auf besonders wichtige und weitschichtige und weit schon ausgearbeitete Ansätze („Gesundungspunkte") der gewaltigen Planung einzugehen, so auf das Projekt einer Siedlung rings um den Fühlinger See im Norden Kölns, so auf die sozial und ästhetisch gleich sympathische Hilfsaktion für den stehengebliebenen Fabrikort Ehrenfeld — ein Hohn schon im Namen — eine verkörperte Gemeinheit kraß materialistischer Usancen schon sagenhaft gewordener wirtschaftlicher „Blütezeit".

Noch eins: wie Schwarz im Auftreten ohne jedes Pathos, ohne jegliche Sucht ist, sein großes, sein hohes Wissen auszustellen, so geartet ist alles, was er mit Hilfe seines von gleicher Sachlichkeit beseelten Kreises bisher in und für Köln getan hat; es ist „in Ordnung". „Schwarz steht für unser Empfinden zu vergeistigt am Rande der Zeit", so las man vor einigen Tagen in einem Aufsatz „Skizzen zur geistigen Situation im Westen". Wo, so muß man fragen, beginnt bei uns am Rhein, wo beginnt zumal in Köln, in der Stadt des großen Albert, des heiligen Thomas, des Duns Scotus, des Meisters Eckhart, des Meisters des Dompolygons, der großen Steinmetzen, angefangen vom Meister des Gerokreuzes bis zum Meister der Petruspforte — wo beginnt, so fragt man erstaunt, das „zu vergeistigt" in einer Stadt wie Köln, in einer Landschaft wie dem Rheinta1? Und: „am Rande der Zeit"? Der Vergeistigte, der nie vergeistigt genug sein kann, steht immer im Mittelpunkt seiner Zeit, und wäre die Zeit noch so blind, so blind etwa wie die des Rassenwahns, der Gaskammern und der Atombombe. Der Geistige steht immer vor Gott, also im Mittelpunkt welcher Zeit auch immer.

Miguel de Cervantes

Der 400. Geburtstag des großen spanischen Dichters Miguel de Cervantes am 1. Oktober gibt uns Veranlassung, den Mann, dessen Hauptwerk „Don Quichote" 70mal ins Deutsche übersetzt und wohl von jedermann zitiert, aber selten gelesen wird, einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. Er, der Vorläufer Shakespeares, Sohn unbemittelter Eltern aus altadeligen, spanischem Geschlechte, ist durch sein persönliches abenteuerliches Erleben fast selbst zur romanhaften Figur geworden. Dürftig sind die Nachrichten aus seiner Jugend: Student der Rechte auf der berühmten Universität Salamanca. Eine Reise nach Rom. Verwundung in der Seeschlacht vom Lepanto. Auf der Heimreise am 26. September 1575 wurde er von algerischen Korsaren gefangen und als Galeerensklave verkauft. Erst nach fünf Jahren schwersten Loses in Ketten sah er seine Heimat wieder. Man findet ihn in den kommenden Jahren als Proviantkommissar in Andalusien, als Steuereinzieher in Granada und schließlich verzeichnet Madrid am 23. April 1616 seinen Todestag. Neben 30 kleineren Bühnenstücken und vielen Novellen schrieb er den „Don Quichote", das Epos vom Ritter von der traurigen Gestalt. Es ist schwer für den gehetzten, kalorienSuchenden Menschen unserer Tage, dieses, in behaglicher Breite gezeichnete Buch, das allein 400 spanische Auflagen erlebte und in die Weltliteratur einging, vollauf zu würdigen. Noch heute nennt man nach ihm im Volksmund einen verrückten Kerl einen Schote, und charakterisiert damit den Typ unsterblicher Narren, die längst vergangene Zeitumstände oder Gebräuche konservativ zu behaupten suchen. Schon zu Beginn des Romans läßt sich der Sinn recht klar erkennen: Die Verulkung der die damalige Welt überschwemmenden Flut absurder Ritterromane mit ihrer verlogenen Romantik. Wie gut dies gelungen ist, beweist jener Ausspruch des spanischen Königs, der einen jungen Studenten in ein Buch vertieft unbändig lachend angetroffen: „Entweder ist er ein Narr oder er liest im Don Quichote." Wahrhaftig! Das Leben und die Taten des scharfsinnigen Edlen Don Quichote von la Mancha auf seinem dürren Klepper Rosinante, begleitet von seinem Knappen Sancho Pansa haben seitdem für Maler und selbst für den Film (figürlich in Pat und Patachon) unerschöpflichen Stoff abgegeben und uns manch heitere Stunde bereitet.

Uns Deutschen aber müßte er besonders am Herzen liegen, denn gutmütige Narren kann man durch Lächerlichkeit töten. Ein ernstes Volk, wie wir, fällt leider zu oft auf Scharlatane ganz anderer Art herein, wie die bösartigen Goldfasane des vergangenen tausendjährigen Reiches bewiesen, die gegen mehr als Windmühlenflügel angerannt und weit mehr als eine zerbrochene Lanze hinterließen. Artur Schmitteckert.

Schnappschützen in Hollywood

Auch die amerikanischen Filmgrößen fühlen sich geschmeichelt, wenn ihren Verehrern in Zeitungen oder Magazinen durch Artikel und Fotos über ihr privates Dasein, über ihre Häuslichkeit und ihre besonderen Liebhabereien, Anekdotisches geboten wird. Selbstverständlich müssen die Fotos vorteilhaft, anziehend und interessant wirken. Körperliche Mängel oder Schönheitsfehler, welche sich mit vorrückenden Jahren bemerkbar machen und die vor Filmaufnahmen vom Schminkmeister und Friseur aufs umsichtigste wegretouchiert zu werden pflegen, dürfen sich bei solchen Privataufnahmen keinesfalls illusionsstörend bemerkbar machen. Niemand soll erfahren, daß das Gesicht der Eisprinzessin Sonja Henie von Sommersprossen bunt gesprenkelt ist, oder gar daß Bing Crosby und Charles Boyer, der Schwarm der Damenwelt, in Natura eine Glatze haben.

Weil sich jeder Filmstar möglichst makellos der Öffentlichkeit präsentieren möchte, sind in Hollywood die zudringlichen Bildreporter, die überall, vom frühen Morgen bis spät in die Nacht auf leisen Sohlen umherschleichen, ebenso gefürchtet wie verhaßt. Denn ihre Momentaufnahmen sind meistenteils peinlich lebenswahr und daher als „schlecht" verschrien.

Obwohl jeder auf diese lästigen Reporter schimpft, hütet man sich wohlweislich, es mit ihnen zu verderben. Hyman Fink wird geradezu hofiert, zu intimen Gesellschaften gebeten und mit Geschenken bei gnädiger Laune gehalten. Am besten kann Cary Grant mit ihm umgehen. Auch im Privatleben von der selben frischfröhlichen Liebenswürdigkeit, mit der er im Film: „Verdacht" ein junges Mädchen betört, ruft er Fink, sobald er diesen in einem Nachtlokal trifft, an die Bar. „Hallo, Hy! Komm! Wir haben schon lange keinen Drink genommen. Sicher willst Du ein Foto von mir." Schon hat sich Cary in Positur gesetzt. Dann klappt der Laden und das Bild fällt zu voller Befriedigung aus. Die impulsive, launenhafte Catheryn Hepburn ist die einzige Filmdiva, die es bisher gewagt hat, gegen die Schnappschützen offensiv zu werden. Ein Wutkoller hatte sie befallen, als sie in einer Zeitung ein Foto von sich entdeckte, auf dem ihre dünnen Beine mit gnadenloser Offensichtlichkeit zur Schau gestellt wurden. Da sie sich fortan nicht mehr knipsen lassen wollte, hatten ihre Bilder Seltenheitswert und stiegen im Preise. Ein namenloser Schnappschütze, der den Ehrgeiz hatte, schnell Karriere zu machen, pirschte sich an die Hepburn heran, als sie gerade in gereizter Stimmung war. Und schon hatte die Kamera sie erwischt. Aber Cathy — nicht faul — schlug dem Reporter seine Kamera aus der Hand und zertrampelte sie unter ihren Schuhabsätzen. Hyman Fink berief eine feierliche Sitzung seiner Gilde ein und schwor, den kleinen Kollegen groß zu rächen. Den rebellischen Filmleuten sollte ein für allemal die Lust an derartigen Gewaltakten vergehen. Fortan wurde nur noch miserabel fotografiert. Aus den Mappen Finks und seiner Leute wanderten kompromittierende Aufnahmen, die man bisher taktvoll zurückbehalten hatte, serienweise in die Zeitungsredaktionen. Gnadelos wurden die Großen der Leinwand dem Gespött preisgegeben. Da kamen tolle Sachen zum Vorschein. Eine der schönsten Frauen, die sich nach dem Essen mit ihrer Gabel in den Zähnen herumstochert. Ein Star, der sonst im Film den Vornehmen und Charmanten markiert, wälzt sich in einem Nachtlokal, bei einer Prügelei total ko geschlagen, auf dem Erdboden herum. Ein anderer, als Mustergatte bekannter Filmschauspieler liebkost die Frau seines besten Freundes in einer verschwiegenen Nische einer Bar. Diese Bilder machten Sensation. Am schlimmsten wurde Catheryn Hepburn mitgespielt. Sie wagte sich nicht mehr auf die Straße. Überall lagen die Schnappschützen auf der Lauer. Mit fratzenhaft verzerrtem Gesicht und in den unmöglichsten Stellungen brachten die Zeitungen ihr Bild. Noch dazu unterstützten die Journalisten ihre Kollegen von der Kamera durch Glossen mit naßkalten Sticheleien. Bis die einst so rabiate Cathy zerknirscht zu Kreuze kroch und Fink um seinen Besuch bat. Als er auf die Einladung nicht reagierte, ging sie selbst zu ihm und bat um Verzeihung. Damit war der Kriegsfall beigelegt und der Friede wieder hergestellt. Seitdem haßt man in Hollywood die infamen Schnappschützen noch mehr, als je zuvor. Gleichzeitig aber hat man vor ihnen Respekt und hütet sich, diese Gesellen jemals wieder zu verschnupfen. W. v. Schröder.

Mannheimer Kunsthalle

Die Sammlung Haubrich-Köln

In der Zeit der Kompensationen, wo es streng und kalt Zahn um Zahn geht, versöhnt eine Tat, wie die von Dr. Haubrich, dem Kölner Sammler, mit Vielem! 1946 schenkte er dem Kölner Museum seine Sammlung moderner Kunst, mehr noch: er versprach für ihren Aufbau durch weitere Ankäufe ergänzend zu sorgen.

Was damals in der alten Kölner Universität gezeigt wurde, wies katalogmäßig 138 Nummern auf. Ihr jetziger Umfang in Mannheim (wo sie nach Stuttgart zu sehen ist), beträgt nur 97. Diese Verminderung erklärt sich durch das Ausscheiden des nicht erstrangigen Bildmaterials sowie vor-expressionistischer Arbeiten, führt also durch Siebung zu einer Qualitätsschau höchster Forderungen. Die Kunsthalle hat aus eignem Besitz klug und taktvoll dort ergänzt, wo dadurch die künstlerische Persönlichkeit klarer und eindrucksvoller wurde (z. B. bei Hodler, Kokoschka, Beckmann, Vlaminck, Utrillo).

Den Kern der Ausstellung bilden Arbeiten der „Brücke"-Maler: Schmidt-Rottluff, Heckel, Kirchner, Nolde, Otto Müller, die ausgezeichnet vertreten sind. Die bedeutende „Kanallandschaft" von Heckel, leuchtende Aquarelle von Nolde, nervige Arbeiten von Kirchner, Wuchtiges von Schmidt-Rottluff. Ihnen gehen die Pioniere des Expressionismus voraus, der Belgier Ensor, Hodler mit klingenden Konturen, Rohlfs mit van Gogh'schem Erinnern. Neben ihnen stehen die markanten Erscheinungen von Marc, von Kokoschka („Tilla Durieux"!) und Hofer („Masken"!). Wir begegnen Dix (sein Theodor Däubler fasciniert) und Beckmann. Der Mannheimer Fuhr muß in seiner Vaterstadt besonders unterstrichen werden („Gotische Kathedrale").

Das malerische Zeitbild rundet sich durch einige bedeutende Ausländer: Chagall („Sabbath", 1909!) und die Franzosen Utrillo und Vlaminck, sowie durch die Grafik von Feiniger (sehr delikat), Grosz (subtil und beißend in einem) und Pascin dem sensitiven Bulgaren. Bildhauer von höchstem Range steuern ebenfalls Grafik bei, vermitteln aber erst durch ihre Plastiken den vollen Begriff ihrer Bedeutung. Da steht Maillol (besonders reich vertreten) und Minne, ein köstlicher Lehmbruck, Manks und Matare mit aktueller Note.

Die Anforderung an die Besucher der Ausstellung ist bedeutend. Es gibt keine Kompromisse. Dafür aber belohnt sie durch stärkste Eindrücke. Haubrich sammelte zielsicher eine Epoche, mit Instinkt und Kennerschaft von hervorragenden Künstlern das Beste. Was von ihm in der Nazizeit getreulich gehütet wurde, kann nun überlegen für das damals Verpönte und Bekämpfte zeugen. H. K.

„Der ewige Buddha"

Vortrag von Professor Mensching

Die Vorträge Professor G. Menschings zeichnen sich durch die kristallinische Klarheit und die zwingende Logik ihres Aufbaus aus. Dieser Gelehrte versteht sein Wissen auch einem interessierten Laienkreis so einprägsam zu vermitteln, daß seine Ausführungen nicht nur eine stets willkommene Erweiterung des Horizontes seiner Zuhörer, sondern vor allem gleichzeitig ein künstlerisches Erlebnis werden. Professor Mensching hat es vermocht, den ungeheuren Stoff des ostasiatischen Buddhismus in seinen hauptsächlichsten religionsgeschichtlichen und kunsthistorischen Tatsachen in konzentrierten Wortprägungen und klarer Gliederung zu vermitteln. Eine Überschau, ein Rahmen gleichsam, in welchen der angeregte Hörer nun seine eigenen Studien jederzeit leicht einfügen kann. Der vor einiger Zeit gehaltene Indienvortrag, sowie diese Veranstaltung lassen es wohl keinesfalls als Wagnis erscheinen, Professor Mensching zu einer größeren Vortragsserie einzuladen. Kn.

Kulturnotizen

Geheimrat Professor Dr. Karl Voßler wurde anläßlich seines kürzlich vollendeten 75. Lebensjahres die goldene Ehrenmünze der Stadt München verliehen.

Heinz Hilpert wurde vom Magistrat der Stadt Frankfurt zum Chefintendanten der Städtischen Bühnen Frankfurt berufen.

Gerhard Schaeke, der Leiter der Sendestelle Heidelberg, hat kürzlich die Leitung der literarischen Abteilung bei Radio Stuttgart übernommen. Zu seinem Nachfolger in Heidelberg wurde Dr. Toni Mans berufen.

In Berlin ist mit der Gründung einer „Ges. der Freunde R. M. Rilkes" begonnen worden. Zweck und Ziel dieser Gesellschaft soll die Verbreitung des Rilkes'schen Werkes und die Herausstellung der Bedeutung Rilkes für die heutige Menschheit sein. Alle an den Werken Rilkes Interessierten geben Namen, Anschrift und Beruf an Herbert Theil, Berlin-Friedenau, Saarstr. 8, von wo aus die Aufnahmepapiere versandt werden.

„Der Kreis", eine internationale Künstlervereinigung, wurde unter Mitwirkung von Werner Finck und dem Intendanten des Württembergischen Staatstheaters, Bertil Wetzelsberger, in Stuttgart gegründet.

Als fünftes Wertzeichen der neuen, in der französischen Zone herauskommenden Briefmarken-Serie „Baden" erscheint jetzt eine Marke im Wert von einer Mark, auf der das Freiburger Münster dargestellt ist. Die Briefmarke kommt in Großformat 40 zu 22 Millimeter heraus.

Die Sowjetunion hat beschlossen, die Zahl der jährlich zur Verteilung kommenden Stalin-Preise für überragende Werke auf den Gebieten der Prosaliteratur auf zwölf zu erhöhen.

Die Filmschauspielerin Zarah Leander ist kürzlich in Mailand angekommen. Sie wird von dort aus nach Genua weiterreisen, wo sie sich nach den Vereinigten Staaten einschiffen will. (Dena)

Der Bamberger Domreiter, das bekannteste Kunstwerk des Bamberger Domes, das in den ersten Jahren des Krieges vor Luftangriffen durch starke Ummauerung gesichert wurde, wird nunmehr wieder freigelegt. (CND)

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Gottesdienste

Alt-kath. Gemeinde: 9.30 Uhr Amt mit Pred., Kriegsstr. 88.
Evang. Gottesdienste. Samstag, 27. Sept., Matthäuskirche: 20 Uhr: Wochenschlußfeier. **Sonntag, 28. Sept.** (17. S. n. Trin.): **Albsiedlung:** 9.45 Uhr Wenzel. **Geibelstr. 5:** 9 und 10 Uhr Weeber. **Markuskirche:** 9.30 Uhr Köhnlein (Einführung). **Christuskirche:** 10 Uhr Löffler; 20 Uhr Weeber. **Matthäuskirche:** 9.30 Uhr Dreher; 20 Uhr Abschiedsfeier für Pfarrer Dreher. **Weiherfeld:** 8 Uhr Dreher. **Wilhelmstraße 14:** 8 und 9.30 Uhr Mondon. **Luisenstr. 53:** 8 Uhr Strauß; 9.30 Uhr Streitenberg. **Haizingerstr.:** 8 u 9.30 Uhr Fessler. **Rintheim:** 14 Uhr Fehn. **Hagsfeld:** 9.30 Uhr Mergner. **Rüppurr:** 9.30 U. Schulz. **Städt. Krkh.:** 10 U. Gottesd.
Evang.-luth. Gemeinde, Bismarckstraße 1: 9.30 Uhr Gdst.; anschl. Sitzung d. Gem.-Vertretung, Wahlen.
Landeskirchl. Gemeinschaft e. V., Gartenstr. 6: So. 17 Uhr, Evangelisationsstunde, 18.00 Jugendbd., Do. 19.15 Bibelstd.
Methodistengemeinde (Friedenskirche), Karlstr. 49b: So. 9.30 Uhr Predigt; 19.15 Uhr Vortrag: „Die Macht des Gewissens". Mi., 19.30 Uhr, Bibelstunde, Durlach, Auerstr. 20a, Sonntag 9.30; Donnerstag 19.30 Uhr.
Möttlinger Freunde: Jeden Sonntag 3 Uhr Konfirmandensaal Christuskirche, Mittwochs, abends ½8 Uhr Riefstahlstr. 2, part., links. Durlach: Donnerstags 8 Uhr Gewerbeschule.
Christengemeinschaft (Munz): So. 10 Uhr Weihehandlung.
Erste Kirche Christi, Wissenschafter Karlsruhe, Richard-Wagn.-Str. 11. Gottesd.: Jed So 10 U. jed Mi 7 Uhr.
Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage, Sonntagsschule 10 Uhr, Predigt 11 Uhr, im gr. Sitzungssaal der Oberpost-Dir., Zimmer 305, Ettlingertor.
Gemeinschaft d. S.-T. Adventisten, Kriegsstr. 84. Freitag, 20 Uhr. Gebetstunde, Samstag, 9 Uhr, Bibelschule, 10 Uhr Predigt, 20 Uhr Jugend. Sonntag 10 Uhr: Kinderreligs.-Unterricht, 19 Uhr: Öff. Vortrag. Tägl. 20 Uhr: Bibelgrupp.

Familien-Nachrichten

Leo Janz, m. lb. Mann, uns. gt. Vt. Sohn u. Br., ist am 18. 9. unerw. v. uns gg. F. erw. Teiln. herzl. Dank. In tf. Tr: Elisab. Janz u. Kinder, Fa. V. Janz, Yorckst. 57.
Wilhelm Maisch, m. lb. Gatte u. gt. Vat., Großv. u. Br., verst. plötzl. a. 18. 9. Für erw. Teiln. herzl. Dank. Im Namen d. tr. Hinterbl.: M. Maisch Wwe., Rheinstr. 105.
Max Schorpp, Masch.-Schloss., m. gel. Mann u. gt. Sohn, Schw.sohn, Br., Schw. u. Onk., st. a. 23. 9., 47 J. a. Für erw. Tn. hzl. Dk. In tf. Tr.: Rosa Schorpp, Neue Anl. 3.
Maria Frohmüller geb. Müller, u. l. Mtt., versch. nach lg. Krkh. i. A. v. 82 J. in still. Tr.: Geschw. Frohmüller, Durl., Gärtnerst. 17. Beerd. Mont., 29. 9. 14.00, Durlach.
Leopold Ochs, uns. lb. Vater, ist am 25. 9. plötzl. gest. Beerd. 29. 9., 12 U., Hptfrdh. Tr.-Gottesd. 29. 9., 8 U., Liebfrk. I. N. d. Htbl: E. Ochs u. Ang. Khe., Wilh.st. 41

Ihre Verlobung geben bekannt:
Irmgard Treyer — Walter Feldmann, Khe., Uhlandstr. 21, Augartenstraße 49.
Hadwig Bender — Gerhard Heilmann stud chem. Pforzh., 25. September 1947.
Anita Eby — Karl Walter, 28. 9. 1947. Khe., Rolandstr. 29, Forchheim, am Bahnhof.
Toni Stoll — Karl Schwaninger, Bruchsal, 28. 9. 1947. Uferweg, Flüsselweg.
Erika Banholzer — Zygmunt Klimecki, Sept. 47, Karlsruhe, Goethestraße 43, Kaiserallee 12.
Adelheid Eimel — Dr. Eduard Schreuer, Khe.-Durlach, Haldenwangstraße 5; Düsseldorf, Blücherstr. 50. Sept. 1947.
Hannelore Fahlbusch — Edmund Riegel, stud. ing. Rastatt, Karlsruhe, September 1947.
Renate Ursula Faschon — Pfc. Merle Garrison, Langenbrücken, Ottawa/Ill. USA., 28. Sept. 1947.
Iris Heinrich — Lothar Bechtel, Khe.-Daxlanden, Krämerstraße 15, Inselstraße 18. 28. 9. 47.
Ruth Schleihauf — Kurt Spadi, Helmstadt, Khe., 28. 9. 47.

Ihre Vermählung geben bekannt:
Hermann Bauer — Else Bauer verw. Lugscheider geb. Dietze, Khe., Bachstr. 61, 27. 9. 47. Tr.: Christuskirche, ½2 Uhr.
Fritz Obermann — Martha Obermann geb. Schönle, Bruchsal, Württemberger Str. 27. 27. 9. 47.
Claus Heineken — Ursula Heineken geb. Wolf, Karlsruhe, Körnerstraße 8. 27. September 1947.
T/3 W. H. Cassady, Arkansas, USA. — F. Cassady geb. Kooyman, Khe., Nokkstr. 2. Tr.: 27. 9. Matthäusk., 3 Uhr.
Erich Nöllner — Else Nöllner geb. Mössner, Weingarten, Tr.: 27. 9. 47, 14.30 Uhr, Durlach.
Stefan Zöller — Berta Zöller verw. Rebholz geb. Schuhmann, Khe., Litzenhardstraße 72, 27. 9. 1947.
Erwin Dauth — Frieda Dauth geb. Pfalzgraf, Khe.-Durlach, Pfinzstraße 80. Tr. 27. September 1947.
Raimund Koch — Else Koch geb. Patuschka, Rohrbach bei Eppingen, Memmingen/Allgäu, 27. September 1947.
Siegfried Glaser, Kraftf. — **Erika Glaser geb. Rutschmann**, 27. 9. 47. Ettlingen, Lauergasse. Tr.: ½12 Uhr, H.-Jesu-K.
Erwin Wirbelauer — Elisabeth Wirbelauer geb. Lüdike, Khe., Schönfeldstraße 6, III. Tr.: Samst., 27. 9., Amalienstr. 77.

Veranstaltungen

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor). Die deutsche Filmoperette „Maske in Blau" mit Clara Tabody, Wolf Albach Retty und Hans Moser. Zwei Stunden schöner Melodien. Anfangszeiten: 15.00, 17.30, 20.00, 22.15 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13.30 Uhr.

Gloria-Palast, Rondellplatz. Des großen Erfolges wegen 3. Woche verlängert! Charlie Rivel der weltberühmte Akrobatik-Clown in „Akrobat schö-ö-ö-n" mit Clara Tabody, Karl Schönböck, Hans Junkermann. Beachten Sie bitte uns. Anfangsz.: Tgl. 14, 16, 18 u. 20, Vorverk. ab 10 U.
„Die Kurbel", Kaiserstr. 211 — an der Hauptpost. Erstaufführung für Karlsruhe! „Das schwarze Schaf" mit Lotte Koch, Ernst v. Klipstein und Waldemar Leitgeb. Täglich: 15.00, 17.00, 19.00 und 21.00 Uhr. Vorverkaufskasse (Erbprinzenstr.) wochent. v. 12—19 Uhr, für 6 Tage im voraus u. Zigarr.-Haus Hössle (Oststr.). Jugendliche haben Zutritt.
Palli. Herrenstr. 11, Tel. 2502. Vom 26. 9. bis 2. 10. 47: Hilde Weißner u. Rudolf Forster in „Ein Blick zurück". Spielz.: Wochent.: 15.00, 17.30, 20.00 Uhr. Sonnt.: 13.30, 16.00, 18.30, 21.00. Vorvk.: Theaterk.: 10-12 u. Sport-Hörrle, Durl. Tor.
Rheingold, Rheinstr. 77, Ruf 6283. **Im Film:** Vom 26. 9. bis 2. 10. 47 der amerik. Großfilm „Lebenskünstler" mit James Stewart, Mischa Auer u. a. m. Ab Freitag, 3. 10.: „Ein Blick zurück". Vorst.: Freitag bis Montag 15.30, 17.45 u. 20.15, sowie Sonntags 13.30, Di. bis Do. 15.30 u. 20.15.
Im Varieté: Nur noch Sa., 27. 9., u. So., 28. 9., 22.30 Uhr: „Buntes Allerlei".
Metropol in K.-Weiherfeld, Neckarstr. 32, Tel. 951. Cary Grant u. Joan Fontaine in „Verdacht". Ein spann. Kriminalfilm in deutsch. Sprache. Beginn: 16.00, 18.15, 20.30; So. 13.45, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr. Mo. bis Fr. 16.00 u. 20.30 Uhr. Vorverkauf täglich von 10—12 Uhr.
Kali in K.-Durlach, Ruf 675: Bis einschl. Donnerstag „Musik-Piraten" mit Margaret Lockwood. Ein Filmlustspiel mit Musik u. Humor. Sa. 15.30, 18.00, 20.15; So. 13.30, 15.45, 18.00, 20.15; Mo.—Fr. 15.30 und 20.15 Uhr.
Skala in K.-Durlach, Ruf 180. Vom 26. 9. bis 2. 10. 1947: Sibylle Schmitz, Albrecht Schönhals u. a. m. in „Die Frau ohne Vergangenheit". Ein deutscher Spielfilm von Format. Vorst.: Wo. 15.00 u. 20.15, Samstags 15.00, 17.30, 20.15 und Spätvorstell. 22.30 Uhr. Sonntags 13.30, 15.45, 18.00 u. 20.15 Uhr. Ab Freitag, 3. 10. 47: „Die falsche Braut". Vorverk. Wo. ab 14.30, Sonntags 13.00 u. tel. Best.
M.-T. in K.-Durlach, Ruf 864: Bis einschl. Donnerstag „Die Frau ohne Vergangenheit" mit Sibylle Schmitz u. Albrecht Schönhals. Sa. 15.30, 17.45, 20.00, 22.00; So. 14.00, 16.15, 18.30, 20.45; Mo. bis Fr. 15.30 und 20.00 Uhr.
ULI Ettlingen. Bis einschl. Do.: „Ein Mann mit Grundsätzen" mit Elfie Mayerhofer, Hans Söhnker, Ursula Herking. Tgl. 19.30 Uhr. Sa. 17.00, 19.30 Uhr. So. 14.30, 17.00, 19.30 Uhr.
Konzert-Kaffee „Grüner Baum", Kaiserstr. 3, Tel. 7448. Täglich nachm. u. abends Konzert. Dienstags, Donnerstags u. Freitags Tanz auf zwei Tanzflächen. Ab 1. Okt. uns. neue Konzert- und Tanzkapelle „Schwarz-Weiß" unt. Leitung d. bek. Kapellm. Doktor John. Mont. Betr.-Ruhe.
Kabarett Just, Khe., Kaiserstr. 91, Tel. 4259. Programm v. 1. 10. bis 15. 10. 47. **„Wiedereröffnung zur Winterspielzeit".** Gastspiel Jupp Klein, der Komiker von Format, 3 Serras u. and. namh. Künstler. Di., Do., Freit., ab 19 U. Tanz, tägl. ab 20 Uhr Vorstell., Sonn- u. Feiert. 2 Vorst., 16 u. 20 Uhr. Vorverk. tägl. 11—13 Uhr im Lokal. Guter Mittags- und Abendtisch.
Kaffee-Kabarett Roland, Ecke Kreuz- und Hebelstr. Täglich 19.30 Uhr. Unser Programm mit Hannes Richter, dem König der Stegreifdichter, Lilli Preissig vom Rundfunksender München singt Chansons, u. Marga Kreger, die große Parodistin. Jeden Mittwoch 15.30, Tanz mit Kabarettleinlagen zu halben Eintrittspreisen. So., 15.30, Kabarett u. Tanz zu erm. Eintr.-Pr. Ab 1. Okt. neues Programm.
Passage-Palast Varieté, Passage 20—26, Ruf 4742. Vom 15. bis 30. September 1947 „Ein bunter Reigen". Beginn tägl. 20 Uhr. Jed. Freitag, Samstag u. Sonntag, ab 22 U. Nachtkabarett mit Tanz. Uns. Cocktail-Stube m. Musik u. Tanz tägl. geöffnet ab 20 Uhr. Vorverk. tägl. von 11—13 Uhr und eine Stunde vor Beg. jeder Vorstellg.
„PALAIS" Café-Bar, Ecke Kriegs- u. Ritterstraße (Palaisgarten), Ruf 4713, Garten- u. Terrassenbetrieb täglich geöffnet ab 15 Uhr. Mittwoch, Donnerstag u. Samstag ab 16 Uhr Tanz. Sonntag, Montag und Dienstag ab 16 Uhr Konzert mit der Kapelle MO-TA-Rhy. Kaffee, Gebäck, eisgekühlte Getränke. Gefrorenes. Freitags Betriebsruhe.
Café am Zoo, Ettlingerstraße 33. Konzert und Tanz, Montag, Mittwoch, Donnerstag ab 15.30 Uhr Tanz. Dienstag Betriebsruhe. Freitag ab 18 Uhr geschlossen. Samstag und Sonntag Unterhaltungskonzert. Unsere neue Kapelle Heinz Korten unterhält Sie mit seiner Swing-Band.
Tanzbar Maxim (ehem. Roederer), Zähringerstr. 19, Tel. 3320. Montag, Mittwoch, Freitag Tanz. Es spielt Friedrich Spitznagel mit seinem Quartett. Tägl. ab 19.30 Uhr geöffnet.
Konzert-Kaffee Museum: Tägl. nachm. u. abends Konzert